

ORGANISATIONSPOLITISCHE KOMMISSION

Überwiesene Anträge an die Organisationspolitische Kommission	2
FAQ	4
Arbeitsgruppe: Mitgliedergewinnung und Sozialstruktur	5
Arbeitsgruppe: Mitgliederaktivierung.....	10
Arbeitsgruppe: Wie stärken wir die Mitgliederbeteiligung?	12
Arbeitsgruppe: Welche Wege der digitalen Kommunikation und Beteiligung sind erfolgversprechend?	17
Arbeitsgruppe: Durch welche Strukturen erreichen wir eine höhere Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes, der Kreise und der Abteilungen? Wie gestalten wir Wahlkämpfe dezentral?“	19
Arbeitsgruppe: Verbesserte Abstimmung Bezirke/Land/Bund.....	24
Arbeitsgruppe: Wie kann die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene zwischen Partei, Senat und Fraktion effektiver und sichtbarer werden?.....	26
Arbeitsgruppe: Wie kann die SPD Berlin strukturschwache Bezirke und Abteilungen besser unterstützen und sichtbarer machen?.....	28
Arbeitsgruppe: Wie können wir Beruf, Familie und Parteiengagement besser miteinander vereinbaren?	30
Arbeitsgruppe: Arbeitsgemeinschaften – wie weiter?	33
Arbeitsgruppe: Landesparteitage	35
Arbeitsgruppe: Wie gehen wir innerparteilich miteinander um? Wie verhindern wir Sexismus innerhalb der Partei?	40

ÜBERWIESENE ANTRÄGE AN DIE ORGANISATIONSPOLITISCHE KOMMISSION

Antragsnr.	Titel	Antragssteller	Befasst im Kapitel des Berichtes:
05/II/2017	Die Berliner SPD stärker machen	KDV Pankow	3. Mitgliederbeteiligung 4. Kampagnen - a. Starke SPD in der ganzen Stadt 4. Kampagnen - b. Präsenz 7. Landesvorstand
06/II/2017	Die SPD beruft eine Projektgruppe Ost ein	Abt. 11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg	4. Kampagnen - a. Starke SPD in der ganzen Stadt
07/II/2017	Bekennnis zur SPD als überregionale Volkspartei	KDV Marzahn-Hellersdorf, Abt. 11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg, KDV Treptow-Köpenick	4. Kampagnen - a. Starke SPD in der ganzen Stadt
11/II/2017	Mehr Transparenz und Beteiligung bei Kandidat*innenaufstellung	KDV Mitte	3. Mitgliederbeteiligung
12/II/2017	Mitgliederbegehren vereinfachen!	KDV Mitte	3. Mitgliederbeteiligung
13/II/2017	Einführung eines basisdemokratischen verbindlichen Mitgliedervotums zur Wahl des SPD Parteivorsitzes	Jusos LDK	3. Mitgliederbeteiligung
14/II/2017	Auf in eine neue Zeit - Wir stellen die SPD inhaltlich, organisatorisch und personell neu auf!	Jusos LDK	4. Kampagnen - a. Starke SPD in der ganzen Stadt
14/II/2017	Auf in eine neue Zeit - Wir stellen die SPD inhaltlich, organisatorisch und personell neu auf!	Jusos LDK	1. Einleitung
14/II/2017	Auf in eine neue Zeit - Wir stellen die SPD inhaltlich, organisatorisch und personell neu auf!	Jusos LDK	7. Landesvorstand
15/II/2017	SPD++ Frischer Wind in den Strukturen	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	6. Landesparteitage - b. Delegierte
16/II/2017	Alter Wein in alten Schläuchen? - Endlich mehr Verantwortung für neue, junge Persönlichkeiten!	Abt. 01/15 Gesundbrunnen	
17/II/2017	SPD++ Einführung einer Jugendquote	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	7. Landesvorstand
18/II/2017	Offenheit und Beteiligung für Parteimitglieder verbessern	Abt. 11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg	2. Mitglieder - b. Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politisches Engagement
19/II/2017	SPD++ Offenheit auf lokaler Ebene	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	2. Mitglieder - b. Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politisches Engagement
21/II/2017	SPD++ Ideenmanagement	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	11. Digitales
22/II/2017	SPD++ Hauptamtliche Strukturen stärken	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	10. Hauptamtliche
23/II/2017	Mehr Transparenz und Fairness bei Stellenbesetzungen!	KDV Mitte	10. Hauptamtliche
24/II/2017	SPD++ Durchführung einer Mitgliederbestandsanalyse	KDV Friedrichshain-Kreuzberg	2. Mitglieder
02/I/2018	Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktionen auf Landesparteitagen der Berliner SPD - Statutenänderung	KDV Pankow, Abt. 03/06 Alt-Pankow	6. Landesparteitage - b. Delegierte

Antragsnr.	Titel	Antragssteller	Befasst im Kapitel des Berichtes:
03.1/I/2018	Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Bundesparteitag der SPD - Statutenänderung	KDV Pankow	6. Landesparteitage - b. Delegierte
03.2/I/2018	Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Bundesparteitag der SPD - Statutenänderung	Abt. 03/06 Alt-Pankow	6. Landesparteitage - b. Delegierte
04/I/2018	SPD-Berlin – Partei der Arbeit	KDV Neukölln	4. Kampagnen - b. Präsenz
05/I/2018	Trennung von Amt/mandat und Parteifunktion auf Landesparteitag der Berliner SPD –Aufforderung an die Kreise	KDV Pankow, Abt. 03/06 Alt-Pankow	6. Landesparteitage - b. Delegierte
06/I/2018	Trennung von Amt/Mandat und Parteifunktion auf Bundesparteitag der SPD - Aufforderung an die Kreise/ Selbstverpflichtung	KDV Pankow, Abt. 03/06 Alt-Pankow	6. Landesparteitage - b. Delegierte
07/I/2018	Landesparteitage und Bundesparteitage interessanter und partizipativer gestalten	KDV Pankow	6. Landesparteitage - a. Tagesordnung
08/I/2018	Antragskommission auf Landesebene	KDV Pankow	6. Landesparteitage - e. Antragskommission
09/I/2018	Redeliste bei KDV und LPT	KDV Pankow	6. Landesparteitage - c. Rederecht
10/I/2018	Gedruckte Antragsunterlagen bei Parteitagen und Delegiertenversammlungen nur noch auf Anforderung	KDV Lichtenberg	
11/I/2018	Debatte über Zukunftsfragen ermöglichen -Themenparteitag	KDV Lichtenberg +Abt. 11/05 Friedrichsfelde-Rummelsburg	6. Landesparteitage - a. Tagesordnung
14/I/2018	Mehr Zeit für die Debatte von Wahlprogrammen	Abt. 06/02 Südende KDV Steglitz-Zehlendorf	5. Wahlkampf
15/I/2018	Die SPD digitalisieren - Organisationsstrukturen neu denken	Jusos LDK	11. Digitales
16/I/2018	Neumitglieder wertschätzen und gut in die Partei aufnehmen	KDV Pankow	2. Mitglieder - a. Bildungsangebote
17/I/2018	Automatische Informationen bei Beitritt, Zuzügen und Abgängen von Nur-Juso-Mitgliedern einführen	KDV Pankow	9. Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse
18/I/2018	Informationen bei Eintritt von Juso-UnterstützerInnen	Jusos LDK	9. Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse
19/I/2018	Fachausschüsse und Arbeitskreise auf Landesebene	KDV Pankow	9. Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse
20/I/2018	Den Dienstagsbrief barrierefrei gestalten	AG Selbst Aktiv Berlin	9. Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse
21/I/2018	Jugendsekretär*in an die Basis	Jusos LDK	10. Hauptamtliche
22/I/2018	"wer nicht gezählt wird, zählt nicht" - Erhebung von Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsdaten	AG Migration und Vielfalt Landesvorstand	2. Mitglieder
249/I/2018	Ergänzung zu Überweisung an Organisationspolitische Kommission	Pankow	
12/I/2018	Einführung von online-organisierten Themenforen	KDV Pankow	11. Digitales
13/I/2018	Mitgliederbefragung	Abt. 06/09 Zehlendorf	3. Mitgliederbeteiligung
	Mehr Hauptamtlichkeit an die Basis	Jusos Berlin	10. Hauptamtliche

FAQ

Seit wann gibt es die Kommission?

Die organisationspolitische Kommission wurde vom Landesparteitag im Herbst 2017 beschlossen und im Januar 2018 vom Landesvorstand eingesetzt.

Was macht die Kommission und warum?

Um die Ergebnisse und Denkanstöße aus den Anträgen der Parteimitglieder, der AG Wahlanalyse 2016 sowie der Neumitgliedertreffen zu bündeln und im Sinne des Parteitagsbeschlusses vom Ordentlichen Bundesparteitag von Dezember 2017 zu *#SPDerneuern* zu handeln, wurde auf dem Landesparteitag im November 2017 beschlossen, zwei Kommissionen einzusetzen:

Die **Kommission Politische Handlungsfelder** einerseits widmet sich dem Erneuerungswunsch der SPD auf inhaltlicher Ebene.

Die **Organisationspolitische Kommission** beantwortet die Frage, wie und unter welchen Voraussetzungen die Partei für ihre Mitglieder als auch für Interessenten attraktive, neue Beteiligungsverfahren und innerparteiliche Strukturen bieten kann. Die Themenstellung reicht vom Einbinden neuer Mitglieder über die Organisation von Landesparteitagen, Unterstützungsleistungen für strukturschwache Abteilungen, eine bessere Vereinbarkeit von Familie/ Beruf/ Parteiengagement über Mitgliederbeteiligung und die Gestaltung von Wahlkämpfen.

Wer sind die Mitglieder?

Die Mitglieder der Kommission wurden paritätisch und nach Regionalproporz ausgewählt

- Jeweils 1 Vertreter*in der 12 Kreise
- 6 Vertreter*innen der Arbeitsgemeinschaften der SPD Berlin
- 2 Vertreter*innen des GLV
- 2 Vertreter*innen der Statutenkommission
- 2 weitere Personen

Geleitet wird die Kommission von Angelika Schöttler und Barbara Loth (bis Juni 2018)/Julian Zado (ab Juni 2018). Weitere Unterstützung gab Alexandra Kramm. Betreut wird die Arbeit durch das KSH.

Wie wird gearbeitet/Zeitschiene?

Anhand eines einheitlichen Fragenkatalogs wurden die verschiedenen Themenfelder durch dekliniert und von Arbeitsgruppen präsentiert. Am 3. September wurde das Papier dem Landesvorstand vorgelegt und anschließend den Gliederungen zur Beratung überstellt.

ARBEITSGRUPPE: MITGLIEDERGEWINNUNG UND SOZIALSTRUKTUR

Fragestellungen:

- Wie kann die SPD mehr Mitglieder gewinnen?
- Wie kann die Sozialstruktur der Mitglieder erweitert werden?

Zahlenmäßige Betrachtung

Die Entwicklung der Mitgliederzahl der SPD Berlin hat sich nach dem analog zum Gesamttrend starken Rückgang von 1990 bis etwa 2015 wieder deutlich positiver gestaltet.

1990:	27.141
1995:	23.414
2000:	20.189
2005:	17.189
2010:	16.428
2016:	17.145 ¹
31.5.2018:	21.049

Weiblich (31.5.2018):	7.138 oder 33,91 %
Männlich (31.5.2018):	13.911 oder 66,09 %

Um die Sozialstruktur sowohl von SPD-Mitgliedern als auch potentiellen Neu-Mitgliedern zu betrachten, werden die Ergebnisse der Wähleranalyse aus dem infratest-dimap-Bericht zur Abgeordnetenhauswahl 2016 herangezogen (siehe Anlage 1): Das SPD-Klientel ist bei Rentner*innen (26 % Zustimmung in der Bevölkerung), bei Angestellten und Beamt*innen (jeweils 22 %) besonders ausgeprägt. Die stärkste Altersgruppe ist jeweils 60+, die Unterstützung durch Frauen liegt in allen Altersgruppen höher als diejenige durch Männer. Die Affinität zur SPD ist in der Gruppe mit formal niedrigem Bildungsstand noch am größten (25 % Zustimmung zur SPD), bei der Wahl 2016 aber auch mit Abstand am meisten gesunken (- 13 %).

Ausgangsüberlegungen

Die Überlegungen zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Erweiterung der Sozialstruktur der Mitgliedschaft gliedern sich zum einen in Ansätze, die alle potentiellen und vorhandenen Mitglieder betreffen und zum anderen in solche, die sich an bestimmte (unterrepräsentierte) Personengruppen richten. Für den zweiten Fall sollte klar sein, dass die Erhöhung der Attraktivität der SPD für bestimmte Zielgruppen letztlich der Partei insgesamt hilft, wenn ihre Sozialstruktur dadurch weiblicher, vielfältiger oder jünger wird und die Gesellschaft besser abbildet. Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung einzelner Zielgruppen verstehen sich deshalb nicht in Konkurrenz zueinander.

Parteien sind angesichts der zunehmend fragmentierten Gesellschaft eine wichtige Klammer, um Menschen trotz Altersunterschied, mit und ohne Migrationshintergrund, mit unterschiedlichem sozialem und persönlichem Hintergrund auf einem gemeinsamen Wertefundament zusammenzubringen und dadurch gestaltende Kraft zu entfalten. Die Eintrittswellen von Anfang 2017 und Anfang 2018 zeigen, dass die SPD das Potential hat, anschlussfähig zu sein und neue Mitglieder zu gewinnen.

¹ Zahlen für 1990 bis 2016 aus Niedermeyer, Oskar (2017): Parteimitglieder in Deutschland

Grundvoraussetzung für die Gewinnung neuer Mitglieder ist ein **attraktives und glaubwürdiges Politikangebot**, das Menschen überzeugt und dafür begeistert, Teil der SPD zu sein. Die Verständigung darüber, was attraktive und glaubwürdige Politik ausmacht, sollte deshalb ein dauerhaft angelegter Prozess innerhalb der SPD sein.

Es wird empfohlen, dafür die Wahlanalyse zur Bundestagswahl 2017 „Aus Fehlern lernen“ zur Grundlage dieses Prozesses zu nehmen und in den Gliederungen breit zu diskutieren. Darin werden zahlreiche Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen gegeben – zur Glaubwürdigkeit von Politik etwa die Aspekte

- Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der Positionen
- Vermeidung „leerer Versprechen“ und nicht erfüllter Apelle
- Umgang und Sprache auf Augenhöhe mit den Menschen
- Kooperationen mit der Zivilgesellschaft
- Gutes, sichtbares und wirksames Regieren

Aspekte zu Mitgliedergewinnung und Sozialstruktur

Parteikultur ernst nehmen und reflektieren

Parteikultur ist mehr, als „auch mal in gemütlicher Runde zusammenzukommen“. Sie prägt entscheidend die Zufriedenheit und Bindung der vorhandenen Mitglieder, die Ausstrahlung auf Interessierte und potentielle Neumitglieder und über die Anerkennung in der Wählerschaft letztlich die politische Wirksamkeit, die die SPD entfaltet. Der Umgang mit der eigenen Geschichte und den Erfahrungen der Mitglieder, die Art und Weise des Treffens von Entscheidungen und ein wertschätzender Umgang untereinander sind Kriterien für die Bewertung der SPD durch ihre Mitglieder und Sympathisierende. Die Parteikultur ständig und offen zu reflektieren sollte deshalb keine Zugabe sondern Tagesgeschäft sein.

Klare Kommunikation über die Meinungsbildung in der SPD

Die SPD sollte noch stärker darauf achten, nach innen und außen klarer zu kommunizieren, was wo weshalb wie entschieden wird. Unterschiedliche Positionen in der Partei sollen dabei durchaus sichtbar gemacht und erklärt, nach Entscheidung aber auch gemeinsam kommuniziert werden. Dabei soll deutlich werden:

- Jedes Mitglied entfaltet - wenn es sich einbringen will – Wirksamkeit und Einfluss auf die Willensbildung der SPD. Das ist (neben den sozialen Aspekten) der entscheidende „Mehrwert“ der Mitgliedschaft.
- Es wird lebhaft und vielfältig diskutiert, aber stets solidarisch und an der Sache orientiert. Entscheidungen werden nach klaren und nachvollziehbaren Verfahren getroffen (siehe hierzu den Diskussionsstand zu Mitgliedervoten).
- Wurde entschieden, vertritt die Partei die ausgearbeiteten Inhalte auch gemeinsam. Damit wird deutlich: Auch bei Kontroverse in der Sache ist die SPD eine Grundwerte-Gemeinschaft und hält zusammen.

Sprache ist politisch

Auch die SPD Berlin und wir Engagierten sollten die Wahl unserer Sprache noch stärker als politisch relevante Größe begreifen. Wer Begriffe nutzt und besetzt, der prägt damit auch die Wahrnehmung der Partei durch interessierte Beobachter von außen.

Andererseits kann Sprache aber auch andere Mitglieder oder zugeneigte Nicht-Mitglieder abschrecken und hat damit einen Einfluss auf die Sozialstruktur der aktiven Mitgliedschaft. Die Gewöhnung an politische Codes und Standardformulierungen sollte deshalb verstärkt reflektiert werden.

In der Öffentlichkeit und in Social Media werden (gut gemeinte) Reflexionen über Schwächen und Fehler der eigenen Partei vielfach nicht als Ausdruck inhaltlicher Diskurs- und Kritikfähigkeit sondern als Ausweis der Unfähigkeit der SPD und eines unsolidarischen Umgangs miteinander verstanden.

Ansprache nach außen

Alle Gliederungen der SPD kommunizieren täglich politische Botschaften und erreichen damit Menschen, die zugleich potentielle Mitglieder der Partei sind. In den Kreisen und auf Landesebene werden neben dem guten alten Flugblatt anspruchsvolle eigene Zeitungen erarbeitet, Social Media-Kanäle aufgebaut und betreut und in unterschiedlichem Ausmaße auch Pressearbeit betrieben. In einem eigenen Arbeitsprozess sollten die vorhandenen Kommunikationswege analysiert und auf Verbesserungen bei der Nutzung hingewirkt werden.

Keine Hürden für aktives Engagement aufbauen

Die Erwartungen an und Voraussetzungen für das Engagement und die Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung in der SPD können Menschen abschrecken, sich im von ihnen gewünschten Rahmen aktiv einzubringen. Kurz gesagt: Wer erwartet, dass Genossinnen und Genossinnen „immer bei jedem Termin dabei“ sind und die Nichterfüllung dieser Erwartung mit Kritik straft, schließt die übergroße Gruppe von Menschen aktiv aus, die das aus persönlichen, familiären, beruflichen, gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht leisten können oder wollen. Dadurch gehen wertvolle Beiträge und Sichtweisen verloren.

Verankerung in Bündnissen und Netzwerken

Die Pflege und aktive Gestaltung von Bündnissen, Vorfeldorganisationen und Netzwerken sollte nicht als zusätzliche Aufgabe verstanden werden, die man „on top“ auch noch erledigt, wenn der eigene interne SPD-Kram abgearbeitet ist. Gerade Bündnisarbeit braucht einen langen Atem und muss deshalb gut vorbereitet und unter den Aktiven aufgeteilt sein.

Mitglieder sind Multiplikator*innen

Jedes aktive Mitglied prägt im privaten Umfeld die Wahrnehmung über die SPD durch Erzählen der eigenen Erfahrungen. Deshalb ist es wichtig, dass Abteilungsversammlungen und AG-Sitzungen attraktiv und offen gestaltet sind und als Orte relevanter Diskussion in wertschätzender Atmosphäre empfunden werden. Durch Termingestaltung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen kann hier das positive Bild von der SPD weiter gestärkt werden (siehe Beratungen in anderen Arbeitsgruppen dazu: Kinderbetreuung usw.).

Handwerk „Neumitgliederwerbung“

Die SPD Berlin ist im Bereich der klassischen Neumitgliederwerbung schon gut aufgestellt. Gleichwohl gibt es immer auch handwerkliche Verbesserungsmöglichkeiten. Alle Kreise haben ihrerseits Konzepte

zur Mitgliederwerbung, Routinen zur Begrüßung von Gast- und Neu-Mitgliedern und auch und auch Mentoring-Programme o.ä., um bestimmte Zielgruppen in der SPD zu stärken und zu binden. Diese Erfahrungen sollten im Rahmen eines institutionalisierten, regelmäßigen Austauschs der Mitgliederbeauftragten der Kreise im KSH genutzt werden, um Gutes zu teilen und weniger Erfolgreiches sein zu lassen.

Neumitgliederwerbung als ständige Aufgabe begreifen

In Wahlkämpfen als öffentlich und medial besonders politisierten Zeiten schlägt die Stunde der Mitgliederwerbung. Es ist deshalb richtig, in Wahlkampfkonzepten auch die Gewinnung neuer Mitglieder frühzeitig mitzudenken.

Gleichwohl sollte auch zwischen den Wahlkämpfen mit gezielten Mitmach- und Eintrittskampagnen die Werbung neuer Mitglieder einen hohen Stellenwert in der täglichen Arbeit haben.

Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften für eine vielfältige SPD

Die Rolle der Arbeitsgemeinschaften ist in anderen Arbeitsgruppen der Organisationspolitischen Kommission schon erörtert worden, soll hier mit Blick auf die Sozialstruktur der SPD Berlin aber nicht vergessen werden. Neigungsarbeitsgemeinschaften sprechen gezielt Zielgruppen an, die die Partei als Ganzes nicht immer passgenau erreicht. Für viele Menschen ist das Engagement in einem für sie persönlich relevanten Themenbereich ein wichtiges Argument für die Parteimitgliedschaft und die aktive Mitarbeit.

Anlage 1: „Wähleranalyse zur Abgeordnetenhauswahl 2016“

Abgeordnetenhauswahl Berlin 2016				infratest dimap Wahlanalyse	
SPD					
Unterstützung in Bevölkerungsgruppen					
Gesamt		21,6	-6,7		
18-24 J.		19	-5		
25-34		19	-6		
35-44		20	-6		
45-59		20	-6		
60+		26	-9		
Frauen		24	-7		
18-24 J.		19	-6		
25-34		20	-8		
35-44		22	-4		
45-59		22	-6		
60+		28	-9		
Männer		20	-7		
18-24 J.		18	-4		
25-34		18	-5		
35-44		18	-6		
45-59		18	-7		
60+		23	-8		
Bildung					
hoch		21	-4		
mittel		22	-9		
niedrig		25	-13		
Eigene wirtschaftliche Lage					
Zufriedene		23			
Unzufriedene		17			
Beruf / Tätigkeit					
Arbeiter		17	-15		
Angestellte		22	-7		
Beamte		22	+1		
Selbständige		18	+2		
Rentner		26	-8		
Arbeitslose		17	-10		
Splitting					
SPD-Wähler* gaben Erststimme an...					
SPD		84			
Grüne		8			
CDU		4			
Andere		5			
* laut Zweitstimme					
Entscheidungszeitpunkt					
SPD-Wähler entschieden sich...					
am Wahltag		17	16		
letzte Tage		21	21		
letzte Wochen		21	22		
früher		40	40		
früher = vor längerer Zeit / wähle immer gleich					
Wahlmotive					
SPD-Wahl aus...					
Überzeugung		64	56		
Enttäuschung		29	37		
SPD-Wahl aufgrund...					
Spitzenkandidat(in)		18	-14		
Sachlösungen		51	+12		
Bindung		30	+2		
Wahlthemen					
Wichtigstes Thema für SPD-Wahl					
Wirtschaft / Arbeit		36	31		
Soz. Gerechtigkeit		66	51		
Schule / Bildung		28	25		
Flüchtlinge		15	25		
Umwelt / Energie		10	14		
Innere Sicherheit		12	19		
Verkehr / Infrastr.		6	7		
Metten / Wohnen		21	18		
Koalitionsbewertung					
Koalition wäre gut für Berlin					
SPD-Grüne-Linke		70	49		
SPD-CDU-FDP		23	28		
SPD-Grüne-FDP		37	25		
CDU-Grüne-FDP		7	20		
Ges. = alle Wähler					
Anteile in % Differenzen zu 2011 in %Pkt.					

ARBEITSGRUPPE: MITGLIEDERAKTIVIERUNG

Zentrale Frage: Wie können bisher inaktive Mitglieder für die Parteiarbeit aktiviert werden?

1. Was läuft bislang gut? Was eher schlecht?

- Wir schätzen die Mitgliederbefragung als Auftakt des Programmprozesses zur Erarbeitung des Wahlprogramms für die Berlinwahl 2016 als gute Methode der Einbindung der Mitgliedschaft insbesondere der inaktiven Mitglieder
- Positiv ist außerdem, dass es viele Formate gibt, um sich inhaltlich einzubringen; u.a. durch Mitarbeit in den sehr aktiven Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüssen auf Landes- und Kreisebene
- Negativ: wir haben kein Wissen über die Bedürfnisse der inaktiven Mitglieder. Dies erschwert die Erarbeitung neuer Beteiligungsformate (dazu unten mehr)
- Es gibt bislang keine einheitliche Ansprache von inaktiven Mitgliedern auf Landes- oder Kreisebene – hier schlagen wir vor, die Mitgliederbeauftragten für die Ansprache von plötzlich nicht mehr aktiven GenossInnen zu sensibilisieren und ihnen Vorlagen für die Ansprache inaktiver Mitglieder zu geben
- Intransparente Verfahren bei der Aufstellung von Kandidierenden aber auch bei der Erarbeitung von Papieren oder Programmen demotivieren Mitglieder und erwecken den Anschein wichtige Entscheidungen würden im Hinterzimmer ausgedeutet

2. Was können wir verbessern?

- Wir schlagen eine berlinweite Befragung der Mitgliedschaft zur Feststellung der Bedürfnisse von aktiven aber vor allem nicht-aktiven Mitgliedern vor. Auf Basis der Ergebnisse der Befragung können anschließend weitere konkrete Vorschläge zur Steigerung der Beteiligung der Mitgliedschaft erarbeitet werden.
 - Es soll auf Basis einer Selbsteinschätzung zur Aktivität die Hindernisse für Beteiligung erhoben und Wünsche/ Bedürfnisse für eine aktive Mitgliedschaft abgefragt werden.
 - Die Auswertung sollte landesweit erfolgen, die Analyse und Erarbeitung von neuen Methoden soll unter Beteiligung der Kreise erfolgen.
 - Der Fragebogen hierfür sollte in der organisationspolitischen Kommission erarbeitet werden.
 - Die Umfrage soll möglichst online erfolgen. Nur Mitglieder ohne vorliegende E-Mail-Adresse sollen die Möglichkeit der postalischen Teilnahme haben. Die Barrierefreiheit muss sichergestellt werden.
- Ohne zu wissen, was bislang inaktive Mitglieder abhält sich aktiv einzubringen, sind alle Maßnahmen nur geraten und gehen womöglich an den Wünschen der Mitglieder vorbei
- Es gibt unterschiedliche Gründe für Inaktivität und die Maßnahmen der Partei sollten sich an den Bedürfnissen der Mitglieder orientieren.
- Die Mitgliederbeauftragten in den Abteilungen und Kreisen sollten für die Ansprache von nicht-aktiven Mitgliedern geschult werden und Möglichkeiten bekommen diese z.B. über Mailings für Veranstaltungen gezielt einzuladen (z.B. über den EasyMailer)
- Datenschutz: Es sollte seitens des KSH noch einmal geklärt werden, wer aus den Abteilungen (insbesondere per E-Mail) die Ansprache an die Mitglieder richten kann. Es sollte geklärt werden, dass

möglichst die geschäftsführenden Vorstände der Abteilungen (und Arbeitsgemeinschaften) problemlos die Genossinnen und Genossen per E-Mail bzw. Post ansprechen können.

- Einrichtung eines politischen schwarzen Bretts (digital oder auch als Pinnwand bei Veranstaltungen oder im Kreisbüro) zur Vernetzung der Genossinnen und Genossen oder zur Möglichkeit, dass Genossinnen und Genossen ihre Fragen stellen können.

3. Diskussion der zur Arbeitsgruppe gehörenden Anträge

- Vorbemerkung: die Mitglieder der Untergruppe sehen neue Quotenvorgaben für Delegationen, Vorstände oder Listenaufstellungen nicht als geeignetes Mittel um inaktive Mitglieder zu mobilisieren.
- Wir schlagen vor, transparente Verfahren zur Aufstellung von Kandidierenden für Funktionen und Mandate in allen Kreisen durch frühzeitige Kommunikation von verbindlichen Zeitschienen für Kandidaturen, offene Diskussionsformate wie Mitgliederforen und für alle Mitglieder zugängliche Informationen über Kandidierendenbroschüren o.Ä. sicherzustellen
- Den Kreisen wird vorgeschlagen die Informationen über Mitgliederbegehren, die zentral an die Kreisgeschäftsstellen versandt werden, künftig an ihre Mitglieder weiterzuleiten und die Mitgliedschaft über Mitgliederbegehren verbindlich zu informieren.
- Die Berliner SPD hat eine große Vielfalt in ihrer Mitgliedschaft, die sich auch in den Vorständen auf Abteilungs-, Kreis- und Landesebene sowie bei den KandidatInnen für öffentliche Ämter widerspiegeln sollte.
- Mitgliederbefragungen zur inhaltlichen Positionierung ersetzen keine Beschlussfassung auf Landesparteitagen, sie ermöglichen aber wichtige Themen zu identifizieren und Diskussionsschwerpunkte auszumachen. Wir empfehlen spätestens vor der Erarbeitung des nächsten landesweiten Wahlprogramms wieder eine Mitgliederbefragung durchzuführen. Diese Mitgliederbefragung sollte in einem ausreichenden Zeitabstand zur Erstellung des Wahlprogramms durchgeführt werden. Außerdem sollten die Kreise (Abteilungen, aber auch Arbeitsgemeinschaften) zeitlich die Möglichkeit zur Diskussion der Fragen der Mitgliederbefragung haben. Dies muss bei der Planung der Mitgliederbefragung sichergestellt werden.
- Die Kreise sollten seitens der Landesebene zur Durchführung von eigenen Mitgliederbefragungen ermutigt werden und bei der Umsetzung unterstützt werden.
- Um die Vereinbarkeit von Arbeit, Familien, Leben und Partei besser miteinander vereinbaren zu können, wurde beim Landesparteitag am 17.05.2014 ein Leitbild zur Gleichstellung und Beteiligung von Frauen und Männern (Antrag Nr. 109/I/2014) beschlossen, dass auch wichtige Vereinbarungen zur Organisation des Parteilebens enthält. Dieses Leitbild soll bekannter gemacht werden und regelmäßig an neue Vorstände von Abteilungen und Kreisen in einem Starterpaket für gute Parteiarbeit übermittelt werden.
- Die Durchführung der Wahl des Parteivorsitzes durch ein Mitgliedervotum ist unvereinbar mit dem Parteiengesetz § 9 (4) und wird deswegen abgelehnt. Möglich wäre eine Mitgliederbefragung, die von den Delegierten des Bundesparteitags befolgt werden soll. Hier sehen wir Diskussionsbedarf.

ARBEITSGRUPPE: WIE STÄRKEN WIR DIE MITGLIEDERBETEILIGUNG?

I. Stärkung der Mitgliederbeteiligung

Eine der meistgenannten Forderungen, wenn es um die Frage einer organisatorischen Erneuerung geht, ist die nach einer stärkeren unmittelbaren Einbindung der Mitglieder in Prozesse der innerparteilichen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Die SPD versteht sich als „Mitmach-Partei“. Dieses Selbstverständnis muss sich in entsprechenden „Mitmach-Formaten“ widerspiegeln und durch eine „Mitmach-Kultur“ befördert werden.

Zunächst ist dabei zu konstatieren, dass Formate unmittelbarer Mitgliederbeteiligung in der SPD nicht erst in den letzten Jahren geschaffen und in der Folgezeit kontinuierlich ausgebaut worden sind. Mit den Instrumenten „Mitgliederentscheid“ und „Mitgliederbefragung“ stehen unmittelbare Partizipationsformate für alle Gliederungsebenen zur Verfügung. Gleichwohl besteht hier noch Verbesserungspotential.

Direkte innerparteiliche Demokratie sollte dabei neben repräsentativen Demokratieelementen treten. Es geht darum, direkte Mitbestimmung aller Mitglieder und Delegiertenentscheidungen intelligent zu kombinieren und zu verzahnen.

Unmittelbare Mitgliederbeteiligung hat vor allem einen (re-)vitalisierenden Effekt für die Partei. Sie führt zu einer engeren Bindung, höherer Akzeptanz von Entscheidungen und größerer Motivation der Mitglieder. Dies aber nur, wenn dem Mitglied sichtbar ist, dass es mit seinem Engagement tatsächlich Einfluss auf die Gestaltung innerparteilicher Prozesse genommen hat bzw. ihm ein begründetes Feedback gegeben wird, warum etwas nicht umgesetzt worden ist. Kommt der Eindruck einer Scheinpartizipation auf, führt dies schnell zu Demotivation und Passivität.

Mit unmittelbarer Mitgliederbeteiligung, etwa mit Mitgliederentscheiden bzw. –befragungen über Personalentscheidungen oder Koalitionsverträge, kann zudem eine positive Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit hervorgerufen werden, die zudem zu einer Vielzahl von auf Dauer angelegten Beitritten führen kann.

Unmittelbare Mitgliederbeteiligung kann aber auch zu Ungleichgewichten führen, wenn Mitglieder mit hohen zeitlichen, sozialen oder finanziellen Ressourcen die Angebote besser wahrnehmen können, aufgrund der Verfolgung eigener Partikularinteressen stärker motiviert sind oder über überlegenes Expertenwissen verfügen. Bei unmittelbaren Beteiligungsformaten muss daher sichergestellt sein, dass die Ergebnisse dem Anspruch einer repräsentativen Vertretung aller Mitglieder gerecht werden.

1. Mitgliederentscheid, Mitgliederbegehren

Der Mitgliederentscheid ist das Instrument, mit dem die Mitglieder unmittelbar eine verbindliche Entscheidung für eine Gliederungsebene treffen können, indem sie den Beschluss eines Organs ändern, aufheben oder einen eigenen Beschluss fassen. Der Mitgliederentscheid kann entweder „bottom up“ oder „top down“ initiiert werden. Er findet aufgrund eines Mitgliederbegehrens statt, das derzeit binnen drei Monaten von 10 Prozent der Mitglieder unterstützt werden muss, oder aufgrund eines einfachen Beschlusses des Parteitags, eines Beschlusses des Parteivorstands mit Dreiviertelmehrheit oder eines Antrags von mindestens zwei Fünftel der Bezirksvorstände.

Arbeitsgruppe: Wie stärken wir die Mitgliederbeteiligung?

Explizit nennt das (Bundes-)Statut als Gegenstand eines Mitgliederentscheids nur die Kanzlerkandidatur; im Übrigen kann alles Thema sein, was nicht durch Gesetz oder kraft Statut als Entscheidungsgegenstand ausgeschlossen ist.

a.) Entscheidungen über Spitzenkandidaturen

Das Landesstatut soll hier korrespondierend zum Bundesstatut explizit die Spitzenkandidatur für die Abgeordnetenhauswahl (oder die Kandidatur für das Amt der/des Regierenden Bürgermeisters/-in) und für die Spitzenkandidatur bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung (oder die Kandidatur für das Amt der/des Bezirksbürgermeisters/-in) aufnehmen. Diese Form des Mitgliederentscheids kann auch als „Urwahl“ bezeichnet werden.

Ein Mitgliederentscheid ist jedenfalls sinnvoll, wenn es auch eine Auswahlmöglichkeit zwischen Kandidat*innen gibt. Den entsprechenden Regelungen im Bundes- und Landesstatut soll daher der Halbsatz angefügt werden „wenn mehr als eine Kandidatur erklärt worden ist“.

Ein Mitgliederentscheid soll bei den vorgenannten Personalentscheidungen künftig verpflichtend sein. Aufgrund des hiermit verbundenen Aufwands soll eine Kandidatur aber erst zugelassen werden, wenn sie von einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern oder Gliederungen unterstützt wird.

In Hinblick auf das weitere Verfahren muss im Statut noch eine größere Regelungsdichte herbeigeführt werden, etwa dass im ersten Wahlgang nur „gewählt“ ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat und andernfalls ein Stichentscheid zwischen den beiden Bestplatzierten stattzufinden hat,

b.) Entscheidungen über den Abschluss von Koalitionsverträgen

Auf Bundesebene ist eine solche Befragung in der Vergangenheit zweimal auf Beschluss des Bundesvorstands erfolgt. Es sollte auch hier jedoch nicht der Entscheidung von Parteiorganen überlassen sein, ob und zu welchem Zeitpunkt eine Mitgliederbeteiligung stattfindet. Eine Abstimmung soll dabei künftig auf Bundes- und Landesebene immer nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen (nicht z.B. zu Sondierung) mit dem finalen Koalitionsvertrag inklusive Aufteilung der Ressorts obligatorisch sein.

c.) Entscheidungen über Statutenänderungen

Statutenänderungen sollen ebenfalls durch von Mitgliederbeteiligung durchgeführt werden können. Hier bedarf es dann eines höheren Initiativquorums (Vorschlag: 20 % der Mitglieder bei Mitgliederbegehren). Das Erfordernis einer 2/3-Mehrheit für eine Statutenänderung gilt auch für einen Mitgliederentscheid.

d.) Erweiterung des Kreises der Initiativberechtigten für einen Mitgliederentscheid

Auf Bundesebene soll eine angemessene Anzahl von Unterbezirken einen Mitgliederentscheid beantragen können.

Auf Landesebene sollen zudem 1/3 der Kreisvorstände oder 10 % der Abteilungen (oder eine entsprechende absolute Zahl) antragsberechtigt sein.

e.) „Modernisierung“ des Instruments des Mitgliederbegehrens

aa.) Absenkung des Quorums auf 5 % der Mitglieder

Antrag: 12/II/2017 (KDV Mitte)

Das erforderliche Quorum für das Mitgliederbegehren entscheidet darüber, ob der Mitgliederentscheid Ausnahme oder Regel ist. Es sollte weder zu einer „Flut“ von Mitgliederentscheiden führen noch eine prohibitive Wirkung entfalten. Hierbei ist auch die Kombination aus Quorum und Sammelfrist zu betrachten. Vor diesem Hintergrund ist das derzeitige Quorum zu hoch, insbesondere wenn es mit dem mühsamen Sammeln von Unterschriften verbunden ist. Eine Absenkung auf 5 % wäre zu befürworten.

Dieses Quorum soll aber auch bei elektronischen Verfahren geltend. Zwar ist der Aufwand der Beteiligung für das einzelne Mitglied hier nicht besonders hoch, jedoch ist zu bedenken, dass viele Mitglieder bisher überhaupt nicht an elektronischen Verfahren teilnehmen. Ggf. kann durch die Möglichkeit elektronischer Verfahren auch in der Mitgliedschaft die Bereitschaft erhöht werden, entsprechende elektronische Kommunikationsmittel einzurichten und auf den kostenintensiven Postverkehr zu verzichten.

bb.) Bekanntmachung aktueller Mitgliederbegehren

Antrag: 12/II/2017 (Antragstellerin: KDV Mitte); SPD Berlin zum BPT 2017

Der Forderung, dass der Parteivorstand die Bekanntmachung der aktuellen Mitgliederbegehren über die „öffentlichkeitswirksamen Kanäle“ der SPD institutionalisieren und erleichtern muss, ist zuzustimmen. Die Bekanntmachung soll elektronisch per E-Mail an alle Mitglieder und auf der Internetseite der Partei erfolgen. Für die Papierversion kommt auf Bundes- und Landesebene der Vorwärts in Betracht, auf Kreisebene ein entsprechender Papiernewsletter, soweit vorhanden.

Bei der Bekanntmachung und im weiteren Verfahren ist Chancengleichheit für beide Abstimmungsalternativen zu gewährleisten. Die Mitglieder sind in angemessener Weise und in gleichem Umfang über die Entscheidungsalternativen zu informieren. Parteiinterne Werbekampagnen der Vorstände haben zu unterbleiben. Insbesondere ist bei Versendung der Wahlunterlagen von jeder zusätzlichen inhaltlichen Information abzusehen (vgl. auch Antrag der SPD Berlin zum BPT 2017). Bei Nicht-Einhaltung der Chancengleichheit muss eine Sanktionsmöglichkeit gegeben sein, z.B. einen Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Entscheidung durch die Schiedskommission.

cc.) Kreis- und Landesgeschäftsstelle als Sammelstellen für Unterstützer*innen

Antrag: 12/II/2017 (KDV Mitte)

Die Forderung, die sich auf das Auslegen von Unterschriftenlisten bezieht, ist ebenso zu unterstützen und kann mit geringem Aufwand umgesetzt werden. Entsprechendes gilt für das WBH.

f.) Möglichkeit einer elektronischen Beteiligung und Abstimmung

Antrag: 12/II/2017 (KDV Mitte)

Das Statut ist offen formuliert und schließt ein elektronisches Verfahren nicht aus. De facto erfordert das Mitgliederbegehren jedoch die Sammlung von Unterschriften. Der Mitgliederentscheid erfolgt überwiegend in Form der Briefwahl, die mit einem nicht unerheblichen finanziellen und personellen Aufwand verbunden ist. All dies ist nicht mehr zeitgemäß und erschwert Mitgliederentscheide inadäquat. Eine Beteiligung und Abstimmung muss künftig immer auch elektronisch möglich sein.

Bei elektronischen Beteiligungsformen ist je nach deren Art und Bedeutung zu beurteilen, welcher Grad an Authentizität der Teilnehmer*innen und Integrität einer Nachricht sichergestellt und welcher elektronische Kommunikationsweg genutzt oder zur Verfügung gestellt werden muss. Für die Unterstützung im Rahmen des Mitgliederbegehrens erscheint hiernach eine (einfache) E-Mail ausreichend. Alternativ

Arbeitsgruppe: Wie stärken wir die Mitgliederbeteiligung?

soll es zulässig sein, die Unterstützung auch elektronisch durch Eintragung auf einer dazu bestimmten Webseite zum Ausdruck zu bringen (Antrag Kreis Friedrichshain-Kreuzberg zum BPT 2015). Für den Mitgliederentscheid ist dann mehr zu fordern: hier müsste unter Umständen auf die Formvorschriften für den elektronischen Rechtsverkehr zurückgegriffen oder ein sicheres Online-Portal mit Identitätsprüfung zur Verfügung gestellt werden. Im Gegenzug wäre zu prüfen, ob auf die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung verzichtet werden kann.

Um niemand auszuschließen, müssen analoge und elektronische Unterstützungsmöglichkeiten derzeit noch gleichberechtigt nebeneinander stehen. Die digitalen Wege sollen die analogen aber auf längere Sicht ersetzen.

2. Mitgliederbefragungen

Bei der Mitgliederbefragung handelt es sich dem Grunde nach um ein rein konsultatives und/oder unverbindliches Verfahren, das nur über Hilfskonstrukte im Einzelfall zu einer faktisch verbindlichen Entscheidung führt. Dieses Verfahren wird in der Regel „von oben“, durch Parteivorstand oder Parteitagsmehrheit ausgelöst. Gegenstand einer Mitgliederbefragung kann grundsätzlich alles sein. Zu diskutieren ist die Frage, ob eine Mitgliederbefragung künftig vor bestimmten Entscheidungen erfolgen muss. Mitgliederbefragungen sind im Statut nur rudimentär im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen vorgesehen und in Verfahrensrichtlinien des Parteivorstands näher ausgestaltet. Die Verfahrensregelungen sind aber so wesentlich, dass sie in das Statut und nicht in eine Richtlinie gehören. Bei Befragungen im Vorfeld von Personalentscheidungen sollen dabei die entsprechenden Regelungen für das Verfahren bei Mitgliederentscheidungen über Kandidaturen analog gelten. Hinsichtlich der Möglichkeit einer elektronischen Beteiligung gilt das unter 1 f. Gesagte entsprechend.

a.) Ausweitung „bindender“ Mitgliederbefragungen

Anträge: 11/II/2017 (KDV Mitte); 13/II/2017 und 14/II/2017 (Jusos LDK)

aa.) Inhaltliche Entscheidungen

Hierzu ist konkret die Formulierung „bei wichtigen inhaltlichen Entscheidungen wie einem Koalitionsvertrag“ vorgeschlagen worden.

Eine obligatorische Mitgliederbeteiligung vor Abschluss eines Koalitionsvertrags auf Bundes- und Landesebene wurde bereits oben in Form des Mitgliederentscheids befürwortet. Bei der Eingehung von Zählgemeinschaften kann eine Mitgliederbefragung stattfinden.

Andere Sachfragen lassen sich regelungstechnisch nur schwer herauskristallisieren. Die Formulierung „bei wichtigen inhaltlichen Entscheidungen“ ist jedenfalls zu unbestimmt.

bb.) Im Vorfeld von Personalentscheidungen

Bei Personalentscheidungen kommt das Instrument der Mitgliederbefragung zum Einsatz, wenn ein Mitgliederentscheid nach dem Parteiengesetz nicht zulässig ist. Das Ergebnis ist dann zwar nicht rechtlich, jedoch politisch oder über entsprechende Selbstverpflichtungserklärungen mehr oder weniger faktisch verbindlich. Es sollte geprüft werden, ob das Parteiengesetz entsprechend geändert werden kann.

Parteivorsitz (Bund, Land, Kreis)

Eine Mitgliederbefragung über den Vorsitz soll auf Bund-, Land- und Kreisebene obligatorisch werden, wenn mehr als eine Kandidatur erklärt worden ist (und es sich nicht um eine Doppelspitze handelt). Auf

Arbeitsgruppe: Wie stärken wir die Mitgliederbeteiligung?

Abteilungsebene kann eine Befragung durchgeführt werden, ist aber aufgrund des Abstimmungsrechts aller Mitglieder nicht zwingend.

Generalsekretär*in

Die Position des/der Generalsekretär*in ist zwar politisch sehr exponiert; eine obligatorische Mitgliederbefragung vorzuschalten, erscheint aber nicht angezeigt, zumal die/der Generalsekretär*in in erster Linie die Arbeit des Parteichefs/der Parteichefin unterstützen und die Beschlüsse des Vorstands umsetzen sollte.

Direktkandidaturen (Europa, Bund, Land)

Für die Aufstellung der Direktkandidaturen für das Europäische Parlament, für den Deutschen Bundestag und das Abgeordnetenhaus von Berlin sollen bei mehr als einer Kandidatur auf den jeweiligen Ebenen ebenfalls Mitgliederbefragungen durchgeführt werden.

b.) Einführung informatorischer Mitgliederbefragungen

Antrag: LPT 12/I/2018 (Antragstellerin Abt. 06/09 Zehlendorf)

Zur Erkundung der politischen Meinung der Parteimitglieder zu wichtigen aktuellen Themen und zur Beförderung der Willensbildung der Partei von unten nach oben können vom Landes- und Bundesverband informatorische Mitgliederbefragungen durchgeführt werden, deren Ergebnisse veröffentlicht werden. Von verpflichtenden regelmäßigen (etwa mindestens einmal jährlich) zu allen möglichen Themen soll abgesehen werden. Es wird der Bundes-, Landes- und Kreisebene aber empfohlen, bei brisanten Themen und möglichst regelmäßig Mitgliederbefragungen durchzuführen. Dabei ist darauf zu achten, die Fragen nicht tendenziös und in der Beantwortung eindeutig zu formulieren.

3. Parteitage

Die Parteitage müssen partizipativer gestaltet werden, um allen Mitgliedern ein „Dabei sein“ zu ermöglichen. Daher finden alle Parteitage mitgliederöffentlich statt und es soll bei der Auswahl der Räume auf allen Ebenen darauf geachtet werden, dass genügend Platz für Nichtdelegierte besteht.

Für die technischen Möglichkeiten zur Übertragung als Live-Stream wird gesorgt.

Auf den Kreisdelegiertenversammlungen und auf dem Landesparteitag erhalten alle Parteimitglieder des Kreises bzw. des Landes Rederecht.

Den Kreisen soll ermöglicht werden, aus ihren Delegiertenversammlungen Vollversammlungen zu machen.

ARBEITSGRUPPE: WELCHE WEGE DER DIGITALEN KOMMUNIKATION UND BETEILIGUNG SIND ERFOLGVERSPRECHEND?

Die bisherigen Partizipationsformen in der SPD zeichnen sich durch Regelmäßigkeit, physische Präsenz und Zeitintensität aus. Diese Bedingungen sind für ein ehrenamtliches Engagement neben Familie und Beruf nur bedingt attraktiv. **Die traditionellen Mitmach-Formate sind zwar weiter legitim, müssen aber um gleichwertige Online-Mitmachmöglichkeiten ergänzt werden**, entweder als neue Strukturen oder in bestehende Strukturen integriert.

1. Einführung neuer Projektmanagement- und Kommunikationstools sowie einer parteiinternen Online-Plattform

Antrag: BPT 2017 Leitantrag „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“, SPD++

Es soll eine **parteiinterne Online-Plattform** geschaffen werden, auf der Dokumente, Termine und Informationen abgelegt und bereitgestellt werden. Jedes Mitglied erhält nach Authentifizierung Zugang zu dieser Plattform.

Auf Landesebene wird das **Antragsverfolgungstool** um Anträge der **Kreise** auf KDV-Ebene erweitert.

Es wird zudem ein **SPDdoc-Online** eingerichtet, bei dem Gliederungen einen internen Bereich erhalten, in dem Papiere und Anträge erarbeitet, Termine abgestimmt und vorhandene Papiere und Dateien abgelegt werden können.

Zudem schafft der Landesverband die Voraussetzungen, dass die Gliederungen **Sitzungen** unkompliziert als **Video-** oder **Telefonschaltkonferenz** durchführen können.

2. Entwicklung einer SPD-App

Antrag: BPT 2017 Leitantrag „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“

Der BPT 2017 hat die Entwicklung einer „digitalen Anlaufstelle für alle Mitglieder“ in Form einer **App bereits beschlossen**. Dass bis zum **Frühjahr 2019** eine SPD-App für das Smartphone entwickelt sein soll, ist zu begrüßen. Erfahrungsgemäß verzögern sich IT-Projekte allerdings nicht selten. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit kann die Entwicklung und Pflege einer solchen App wohl nur von der **Bundesebene** angeboten werden. Die genauen **Funktionalitäten** sind allerdings **noch nicht bekannt**. Laut Beschluss soll die App pauschal der „Vereinfachung aller organisatorischen und inhaltlichen Aspekte der Parteiarbeit“ dienen. Es handelt sich dabei allerdings nicht um die erste SPD-App. Der Erfolg einer neuen App wird davon abhängen, ob sie ein **überzeugendes Nutzererlebnis** vermittelt, ein ansprechendes Design hat und einen **praktischen Mehrwert** für das Mitglied bietet. Andernfalls wird sie - wie ihre Vorgängerin - nicht in dem erforderlichen Maße angenommen werden.

3. Online-organisierte Themenforen

Antrag: BPT 2017 Leitantrag „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“; Antrag LPT 12/I/2018 (KDV Pankow)

Online-organisierte Themenforen sollen auf Bundesebene den Mitgliedern die Möglichkeiten eröffnen, sich digital, themenbezogen, ortsungebunden und zeitlich flexibel zu engagieren. Der Parteivorstand ist vom BPT 2017 beauftragt worden, **bis spätestens 2019 eine begrenzte Anzahl online-organisierter Themenplattformen einzurichten**.

Arbeitsgruppe: Welche Wege der digitalen Kommunikation und Beteiligung sind erfolgversprechend?

Die Einrichtung sollte dabei nach Politikbereichen erfolgen und **möglichst alle wichtigen Politikfelder** abdecken. Themenforen sollten auch zeitlich begrenzt zu **hervorgehobenen aktuellen Einzelthemen** eingerichtet werden können.

Auf **Landesebene** sollten **ergänzend Themenforen** zu Themen eröffnet werden, die auf Bundesebene nicht existent oder landesspezifisch sind.

Die Ergebnisse einer Diskussion in den Foren müssen auch direkt im innerparteilichen Willensbildungsprozess wirksam werden können. Es ist zu begrüßen, dass die Themenplattformen laut Beschluss des BPT 2017 ein **Antrags- und Rederecht** auf dem Bundesparteitag erhalten sollen. Entsprechendes muss hinsichtlich der Landes-Themenforen für den Landesparteitag gelten. Zu diskutieren wäre aber, ob für den Beschluss eines Antrags in den Foren ein Quorum festgelegt werden soll.

Die Forderung, den Themenplattformen **Delegiertenrechte zu übertragen, verdient dagegen** – ebenso wie entsprechende Forderungen bei den Arbeitsgemeinschaften - **keine Unterstützung**.

4. Online-Ideenmanagement

Antrag: BPT 2017 Leitantrag „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“

Die Einrichtung eines Online-Ideenmanagements ist auf Bundesebene beschlossen und **sollte auch auf Landesebene eingerichtet werden**, um einen abteilungs- und kreisübergreifenden Austausch über erfolgreiche Formate und Ideen (best practice) zu ermöglichen.

5. Online-Fortbildungsmöglichkeiten

Das Fortbildungsangebot der Parteischule und des Landesverbands ist durch **elektronische Fortbildungsmöglichkeiten zu ergänzen**. So wird allen ermöglicht, orts- und zeitunabhängig an Fortbildungen teilzunehmen, z.B. Moderation, Antragstellung, Einführung in Parteistrukturen etc. Ein solches **Webinar-Angebot** trägt zur breiteren Kompetenzbildung innerhalb der Partei bei.

6. Onlinezugang zu Sitzungen und Veranstaltungen

Öffentliche Sitzungen und Veranstaltungen werden vermehrt auch **im Internet zugänglich gemacht** (z.B. Facebook-Live). Dazu wird der Landesverband eine Handreichung erstellen, um die Gliederungen über Rechte und Pflichten zu informieren und um eine Step-by-Step-Anleitung zu geben. Nicht nur für Abteilungen wäre das eine kostengünstige Möglichkeit, eine breitere Beteiligung zu gewährleisten.

Arbeitsgruppe: Durch welche Strukturen erreichen wir eine höhere Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes, der Kreise und der Abteilungen? Wie gestalten wir Wahlkämpfe dezentral?“

ARBEITSGRUPPE: DURCH WELCHE STRUKTUREN ERREICHEN WIR EINE HÖHERE KAMPAGNENFÄHIGKEIT DES LANDESVERBANDES, DER KREISE UND DER ABTEILUNGEN? WIE GESTALTEN WIR WAHLKÄMPFE DEZENTRAL?“

Vorbemerkung

Grundsätzlich hat der SPD-Landesverband Berlin gute Voraussetzungen in Sachen Kampagnenfähigkeit: Eine steigende Mitgliederzahl und ein geringeres Durchschnittsalter der Mitglieder als im Bundesschnitt heben ein entsprechendes Potential, insbesondere in Wahlkämpfen freiwillige Mitarbeit von Mitgliedern zu generieren. Eine erfahrene und gut ausgestattete Parteizentrale ist bei uns Grundlage der Wahlkampforganisation.

Trotzdem müssen wir feststellen, dass diese Potenziale ungleich über die Stadt verteilt sind. Die kleinsten Kreise haben nur etwa ein Zehntel der Mitgliedschaft der größten, müssen im Wahlkampf aber dieselben Aufgaben meistern. Und: Selbst in den Hochphasen des Wahlkampfes ist ein größerer Teil der Mitglieder bei strukturierten und organisierten Aktionen nicht aktiv.

Deshalb wollen wir unserer Mitglieder wieder mehr motivieren und überzeugen, wieder für die SPD auf die Straße zu gehen und mit leuchtenden Augen für unsere Politik zu streiten. Überzeugende Politik und eine professionelle Pressearbeit sind zudem preiswerter und effektiver als jede Anzeigenkampagne.

Dreh- und Angelpunkt jeder Kampagnenfähigkeit ist daneben das Ehrenamt und die Mund- zu Mund-Propaganda, die Überzeugungsarbeit in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Freizeit. Dazu gehört allerdings auch eine mitreißende Politik, über die man spricht - oder streitet und für die es Spaß macht zu werben, auch und gerade im engsten Umfeld.

In Berlin ist zudem die Unterstützung strukturell schwacher Stadtgebiete dringend notwendig. Wir sollten darauf achten, möglichst keine weißen Flecken zu haben, in denen wir nicht präsent sind und den anderen Parteien das Feld überlassen.

Dabei müssen wir unsere Ressourcen klug einsetzen und das Prinzip „Stärken stärken“ nicht aus den Augen verlieren. Wir dürfen nicht nur aus Prinzip in bestimmten Regionen unsere Präsenz erhöhen, sondern vor allem auch dort auftreten, wo wir auch die Chance haben, gewählt zu werden. Deshalb müssen wir uns auch in Gebieten mit hohem Stimmenanteil weiterhin konsequent engagieren. Notfalls sollten wir zur besseren Regionalisierung unserer Aktivitäten eine eigene empirische Grundlage erheben.

Kampagnenfähigkeit erhöhen

Wenn die SPD glaubhafter werden und in den Kiezen als politische Partnerin wieder besser wahrgenommen werden will, muss sie das ganze Jahr über sichtbar sein.

Das können wir über zwei bis drei thematische Mini-Kampagnen des Landesverbandes erreichen, die gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit Kreisverbänden mit ähnlichen Problemlagen regionalisiert werden. Hierbei sollten wir uns mit den großen Themen Wohnen/Mieten, Bildung, Verkehr, Sicherheit und Arbeit beschäftigen.

Arbeitsgruppe: Durch welche Strukturen erreichen wir eine höhere Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes, der Kreise und der Abteilungen? Wie gestalten wir Wahlkämpfe dezentral?“

Es gilt, möglichst sichtbar in der Stadt zu sein: Wenn die SPD in Berlin am 8. März überall in der Stadt zehntausende Rosen verteilt, dann fällt das auf. Ähnliche landesweite Aktionstage können wir zu anderen Anlässen mit attraktiven Give-Aways und Materialien organisieren.

Hierfür müssen wir das KSH und seine 12 „Außenbüros“ als gut vernetzte „Dienstleister“ für die Ehrenamtlichen weiter ausbauen. Gerade auch, weil die Kreisbüros oftmals sehr viel besser an den regionalen Themen und tatsächlichen Stärken und Schwächen der Gliederungen dran sind.

Veranstaltungen mit Partnern in den Kiezen haben sich darüber hinaus bewährt. Zum Beispiel Mietertreffen in Gentrifizierungsgebieten mit dem Mieterverein oder Beratungen zur Wohnungssicherheit mit der Polizei in Gebieten mit erhöhten Einbruchszahlen.

Vergleichsweise günstige Postkartenkampagnen (kommerzielle Kneipendisplays) unterstützen die Wahrnehmung der SPD über das ganze Jahr. Für wenig Geld können so zehntausende von Medien vertrieben werden (wenn die Karten aufgrund ihrer Originalität mitgenommen werden). Gegebenenfalls können diese sogar mit unterschiedlichen regionalen Themen angeboten und Überdrucke über die Partei verteilt werden.

Im Einzelnen kann es der SPD durch folgende weitere Ansätze gelingen, in und außerhalb von Wahlkämpfen sichtbarer und wieder näher an den Menschen zu agieren. Hier werden auch die o. g. Formate und Medien an verschiedenen Stellen thematisiert.

These: Wir müssen schneller bei den „Essentials“ eines Wahlkampfes sein.

Die wesentlichen Materialien des Wahlkampfes, darunter die grundlegenden Materialien für Kandidatinnen und Kandidaten, das thematische Material und eine Auswahl so genannter „Give-aways“ müssen deutlich vor dem Beginn des Wahlkampfes, also mindestens zwei Monate vor dem Wahltermin dort sein, wo verteilt wird – also in den Abteilungen. Im Vorfeld sollte genau überlegt werden, welche Give-aways tatsächlich sinnvoll sind.

Generell gilt aber auch: „Heiße“ Wahlkämpfe haben heute zumindest in Berlin bei einem immer höheren Briefwähleranteil längere Vorlaufzeiten als die sieben Wochen, in denen die Plakate hängen dürfen. Deshalb müssen auch für die Phase vier bis sechs Wochen vor Beginn der Briefwahl geeignete Maßnahmen und Formate gefunden werden – so entsteht für die BriefwählerInnen eine Art Warm-Up.

Da diese Phasen oft in den Sommerferien liegen und den Ehrenamtlichen gerade in strukturschwachen Kreisen kein zwölfwöchiger Wahlkampf zuzumuten ist, müssen in dieser Zeit verstärkt kommerzielle Maßnahmen angedacht werden:

- Postkartenaktionen in den kommerziellen Displays in Kinos, Kneipen etc.
- Spots im U-Bahn-Fernsehen
- Regional angepasste Anzeigen in Berliner Woche, Abendblatt und Kiezzeitungen
- Steckaktionen in Hochburgen mit Briefwahlinformationen
- Organisation von berlinweiten Tür-zu-Tür-Tagen (außerhalb der Ferien!)

These: Weniger ist mehr. Keine „Last-Minute-Schnellschüsse“ bei Material und Aktionsideen.

Arbeitsgruppe: Durch welche Strukturen erreichen wir eine höhere Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes, der Kreise und der Abteilungen? Wie gestalten wir Wahlkämpfe dezentral?“

Wir müssen weg von Materialschlachten, insbesondere auf die letzte Minute. Spontane Ideen und das „Gefühl, noch etwas machen zu müssen“ funktionieren nicht mit der auf ehrenamtliche Mitarbeit angelegten Struktur des Wahlkampfes.

Der Landesverband kann kein Dienstleister für ein umfassendes Sortiment an Werbeartikeln sein. Er soll sich auf wenige „klassische“ Produkte beschränken. Der Landesverband sollte dazu, zum Beispiel im Vorfeld eines Wahlkampfes, Prototypen vorstellen, damit sich die Wahlkämpfenden ein Bild über die Produkte machen können.

Alternative zur Diskussion:

Der Landesverband sollte den Gliederungen eine umfangreiche Palette an Artikeln herausuchen und seine Marktmacht für gute Angebote nutzen. Dabei sollte er nicht nur Bestellungen der Kreise annehmen, sondern das Angebot ausdrücklich an die Abteilungen richten, damit auch sie direkt von besseren Konditionen profitieren können.

Außerdem sollte der Landesverband bei der Auswahl der Give-aways auch mehr auf Qualität achten und ein zweites, höherwertiges Angebot für Artikel aushandeln. Die Ehrenamtlichen vor Ort stellen unterschiedliche Ansprüche an die Werbeartikel und sollten auch hier möglichst breit vom KSH unterstützt werden.

These: Wir müssen unsere Mitglieder gerade auch außerhalb der Wahlkampfzeiten befähigen, für die SPD zu sprechen.

Deshalb braucht es entsprechende durchgängige Bildungsangebote. Insbesondere den neuen Mitgliedern soll deshalb ein „Einstiegsseminar in die Parteiarbeit“ angeboten werden, in dem in knapper Form ein Einstieg in politische Gespräche, wie sie – nicht nur – im Wahlkampf geführt werden, vermittelt wird.

Der Landesverband entwickelt gemeinsam mit den Kreisen dafür einen Musterablauf und stellt - ehrenamtlich - SeminarleiterInnen zur Verfügung. Ziel sind mindestens zwei Angebote auf Kreisebene pro Jahr und vier Angebote auf Landesebene pro Jahr.

Für die regelmäßige Ansprache der Bürgerinnen und Bürger an Infoständen u. ä. muss es auch geeignetes Material geben. Das Stadtblatt bietet weiter für Kreise die Möglichkeit, drei bis vier Mal im Jahr mit einem attraktiven, regional ausgerichteten Medium an die BürgerInnen heranzutreten. Es sollte in der bisherigen Art von denen, die dies wollen, fortgeführt werden.

Die Flugblätter der Woche sind angesichts des derzeitigen Medienverhaltens nur wenig ansprechend. Ein attraktiv gestalteter Flyer zu zentralen Fragen rund um SPD-Handeln auf allen Ebenen könnte die Stadtblätter ergänzen und so würden für sechs bis acht Aktionen pro Jahr geeignete Materialien bereitstehen. Tue Gutes und rede darüber!

These: Große Abteilungen können kleinere unterstützen!

Oft ist es so, dass die großen Abteilungen mit 300 und mehr Mitgliedern auch noch die eher kleineren Abteilungsgebiete bearbeiten, während kleine Abteilungen mit 50 und weniger Mitgliedern große Stadtrandgebiete repräsentieren.

Arbeitsgruppe: Durch welche Strukturen erreichen wir eine höhere Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes, der Kreise und der Abteilungen? Wie gestalten wir Wahlkämpfe dezentral?“

Deshalb fördern wir Huckepack-Teams: In einem ersten Schritt bringen wir einige größere und einige kleinere Abteilungen des Landesverbands zusammen, damit gemeinsame Aktivitäten organisiert werden können.

These: Wir führen unser Know-How in Bezug auf Feste zusammen.

Sommer- und Kinderfeste sind nach der Erfahrung vieler Abteilungen die einzige Veranstaltungsform, mit der in nennenswerte Anzahl Nichtmitglieder erreicht werden und neue Kontakte generiert werden können. Wir wollen mehr Abteilungen ermöglichen, mit einem überschaubaren Aufwand solche Feste zu organisieren und bündeln dafür das Know-How.

Dabei geht es insbesondere darum, bewährte Dienstleister für notwendige Gewerke wie Bierstand, Zelte, Bierzeltgarnituren, Bühne, Tontechnik, Grill, Hüpfburg, Kinderschminken, Puppentheater zu benennen und zu bündeln, damit die Organisation und Kostenkalkulation erleichtert wird. Dazu wird eine Handreichung entwickelt, die auch die Genehmigungsverfahren für Feste berücksichtigt. Ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin des Landesverbands steht als Ansprechperson zur Verfügung.

These: Veranstaltungen – weniger ist mehr, professioneller bewerben.

Insbesondere in den Wahlkämpfen bindet die Organisation von thematischen Veranstaltungen mit Gästen, vor allem inhaltliche Diskussionen, viele Kapazitäten. Nicht zuletzt, weil oft vor allem Parteimitglieder im Publikum sitzen.

Wir raten zum Grundsatz: weniger durchführen, abteilungsübergreifend zusammen arbeiten und die verbliebenen Veranstaltungen dafür öffentlich breiter zu bewerben, etwa durch Materialverteilungen oder Facebook-Werbung.

Generell gilt bei politischen Veranstaltungen: Nicht darauf warten, dass die Menschen kommen, sondern zu ihnen gehen: Auf Wochenmärkte, in Einkaufszentren, Kirchengemeinden, Einkaufsstrassen, Jugend- und Seniorentreffs, Räumlichkeiten in stark frequentierten Stadtbereichen.

Die Kreisbüros können außerhalb von Wahlkampfzeiten diese Orte identifizieren und mit den vor Ort Verantwortlichen Konditionen besprechen. Falls Gebühren oder Mieten anfallen, können finanzschwache Abteilungen oder Kreise im Einzelfall vom Landesverband mit Material, Infrastruktur (Tonanlage, Redepult etc.) oder einem Zuschuss unterstützt werden.

These: Wir unterstützen unsere Freiwilligen dort, wo es zu wenige gibt, um Präsenz zu zeigen.

Die Teams „Rote Busse“ haben sich bewährt. Wir brauchen aber den Mut, sie vor allem dort einzusetzen, wo sich ohne dieses Engagement keine oder kaum noch Aktivität entwickelt. Dazu sollte das Rote-Busse-Team eine entsprechende Schulung erhalten.

These: Kämpfen um jede Stimme – nicht nur im Wahlkampf!

Zu oft funktioniert die SPD – auch in Berlin – wie eine Wahlkampfmaschine, deren Präsenz sich auf wenige Wochen vor dem Wahlkampf beschränkt. Deshalb entwickeln wir Ideen, auch außerhalb von Wahlkämpfen sichtbar zu werden.

1. Wir setzen ein geschultes Team mit 2-3 MitarbeiterInnen künftig durchgehend an zwei Tagen in der Woche insbesondere dort ein, wo die SPD sonst nicht präsent sein kann. Dieses Team unterstützt die Ehrenamtlichen vor Ort, indem es Equipment und Material mitbringt.

Arbeitsgruppe: Durch welche Strukturen erreichen wir eine höhere Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes, der Kreise und der Abteilungen? Wie gestalten wir Wahlkämpfe dezentral?"

2. Verstetigung des B-Teams
3. Der Landesverband schafft weiteres Equipment an, welches zum Selbstkostenpreis ausgeliehen werden kann, um vor Ort auffällige Aktionen durchführen zu können (z.B. Glücksrad, Karaoke-Anlage, rollender Grill o.ä.).

Jeder Kreis organisiert mit Hilfe des Landesverbandes zwei bis drei verschiedene Aktionen im Jahr, die ein "SPD-Grundrauschen" zwischen den Wahlkämpfen garantieren und über zentrale Veranstaltungskalender beworben und dokumentiert werden. Es entsteht so eine sonst nur aus Wahlkämpfen bekannte SPD-Tour durch die Bezirke. Hier ist Vielfalt Trumpf!

These: Weniger Geld für kommerzielle Großflächenwerbung, mehr Mittel für persönlichen Wahlkampf. Die jüngsten Wahlkämpfe haben gezeigt, dass kommerzielle Werbung („Wessermann-Tafeln“, Wartehäuschen, Großflächen von Wall und Stroer) wichtig ist, die schiere Masse die Wählerinnen und Wähler aber zum Teil überfordert hat. Wir sehen hier bei künftigen Wahlkämpfen Einsparpotential. Der Ansatz für kommerzielle Werbung kann aus unserer Sicht um bis zu einem Drittel gekürzt werden. Dieses Geld können wir in mehr Mitglieder investieren, die in den „Roten Bussen“ über einen längeren Zeitraum „Vollzeit“ (der Mindestlohn ist hier Selbstverständlichkeit) Wahlkampf machen und damit die ehrenamtlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer auch in strukturschwachen Kreisen (s.o.) unterstützen.

Nach den schlechten Erfahrungen mit kommerziellen Materialverteilungsdiensten regen wir ferner an, unser Material auch mit Hilfe dieser Teams zu verteilen.

ARBEITSGRUPPE: VERBESSERTE ABSTIMMUNG BEZIRKE/LAND/BUND

Einführung und Ist-Zustand

Um politisch besser wirken und als SPD mit unseren Themen besser erkennbar zu sein, ist ein Zusammenspiel der unterschiedlichen politischen Ebenen nötig. Gerade die CDU versteht dieses Zusammenspiel und nutzt ihre Mandatsträger*innen auf den unterschiedlichen Ebene, um Themen zu setzen.

Die SPD Berlin ist im Bundestag mit 5 Abgeordneten vertreten, sie stellt im Abgeordnetenhaus die größte Fraktion und sie ist in den unterschiedlichen Bezirksverordnetenversammlungen stark oder sogar als stärkste Fraktion vertreten. Alle Ebenen haben ihre eigenen Gremien (z. B. Fraktionssitzungen). Die bestehenden Strukturen sollten genutzt werden, um den Austausch zwischen den Ebenen zu verbessern.

Dazu stehen im Wesentlichen zwei Möglichkeiten zur Verfügung: Die gegenseitige (institutionalisierte) Information über die politische Arbeit sowie die wechselseitige Teilnahme an Gremien zum gemeinsamen Austausch. Die folgenden Vorschläge weisen insofern Schnittmengen mit den Ergebnissen der AG 9 „Zusammenarbeit Partei/Senat/Fraktion“ auf.

Vorschläge zur verbesserten Abstimmung Bezirke/Land/Bund

- Themen, deren Gelingen sowohl Bezirke als auch Land und/oder Bund betreffen, sollten **verstärkt gemeinsam kommuniziert** werden (Beispiel: Zweckentfremdungsverbot – Land schafft/ändert gesetzliche Grundlage – Bezirke setzen konsequent um). Die gemeinsame Kommunikation erhöht die Verbindlichkeit von Absprachen und die Aufmerksamkeit für Themen und signalisiert den Wähler*innen, dass die SPD ihre Kernthemen (hier: Erhalt bezahlbaren Wohnraums mit allen zur Verfügung stehenden Instrumenten) konsequent und ebenenübergreifend verfolgt.
- Es wird angestrebt, durch **Leitanträge auf den Parteitag** Themen zu setzen, zu denen Bezirke, Land und Bund jeweils einen Beitrag leisten.
- Die **monatliche Übersicht der Aktivitäten der Gliederungen** und die strategischen Planungsstände, die im Sinne der AG 9 durch eine zu schaffende Koordinierungsstelle zusammengestellt werden sollen, sollen auch den Bezirksfraktionen (Fraktionsvorsitzende und Geschäftsstellen) zur Verfügung gestellt werden.
- Analog zu den Festlegungen der AG 9 soll eine **Übersicht der wechselseitigen Gremienteilnahme** erarbeitet werden. Hierbei sollen auch bestehende Koordinierungsstrukturen wie die AG der Fraktionsvorsitzenden und die Besprechungen der Fraktionsgeschäftsführungen berücksichtigt werden.
- **Im Landesvorstand berichtet einmal im Quartal der Vorsitzende der AG Fraktionsvorsitzende** zu den Schwerpunkten der bezirklichen Politik und ggf. zu Initiativwünschen auf Landes- und Bundesebene.
- Zu einer oder zwei Sitzungen im Jahr der **Landesgruppe Berlin im Bundestag** werden die SPD-Fraktionsvorsitzenden aus den BVVen und des Abgeordnetenhauses eingeladen.
- Die SPD-Fraktionsvorsitzenden der BVVen werden zu den **Klausuren des Landesvorstands** eingeladen, deren Tagesordnungen regelmäßig um den Punkt „Zusammenarbeit Bund, Länder, Bezirke“ erweitert werden.

- Einmal jährlich soll es ein **Treffen mit der/dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion**, der/dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-AGH-Fraktion und den SPD-Fraktionsvorsitzenden aus den BVVen geben.
- Die **Arbeit der AG der Fraktionsvorsitzenden** soll auf vorhandene Optimierungspotentiale ausgewertet werden. Daneben soll ein **institutionalisierter Austausch von Anträgen** und Tagesordnungen über die Fraktionsbüros erfolgen. Damit sollen auch bewährte Wege der Umsetzung landespolitischer Vorhaben in den Bezirken aufgezeigt werden.
- Als sehr zielführendes Format der gegenseitigen Information haben sich die **regelmäßigen Treffen (etwa zweimal jährlich) der Senatsmitglieder** mit den für ihren Geschäftsbereich zuständigen **fachpolitischen Sprecher*innen der BVV-Fraktionen** erwiesen.
- Die **SGK Berlin** wird gebeten, ihrerseits Vorschläge zu unterbreiten, wie die Vernetzung zwischen Bezirken, Land und Bund vorangetrieben werden.

Arbeitsgruppe: Wie kann die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene zwischen Partei, Senat und Fraktion effektiver und sichtbarer werden?

ARBEITSGRUPPE: WIE KANN DIE ZUSAMMENARBEIT AUF ARBEITSEBENE ZWISCHEN PARTEI, SENAT UND FRAKTION EFFEKTIVER UND SICHTBARER WERDEN?

1. Kurze Ist-Darstellung, insbesondere was positiv gesehen wird (und beibehalten werden sollte), was kritisch gesehen wird

Effektive Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene zwischen Partei, Senat und Fraktion kann effektiver werden, wenn Folgendes umgesetzt wird:

- Verpflichtende wechselseitige Gremienteilnahme
- Verpflichtende Inkenntnissetzung der jeweiligen Aktivitäten untereinander
- Regelmäßige Abstimmung untereinander (strategisch und im Tagesgeschäft)

Sichtbarkeit der Tätigkeiten

Die Arbeit von Partei, Senat und Fraktion kann sichtbarer werden, wenn folgendes umgesetzt wird:

- Verpflichtende Berichterstattung in den jeweiligen Gremien
- Regelmäßige Information der Mitglieder (Social media, Print)
- Regelmäßige Präsenz von Senat, Fraktion, Partei in den Bezirken

Dies wird z. T. schon umgesetzt.

Positiv:

a) Wechselseitige Gremienteilnahme

Senatsmitglieder und Fraktionsvorsitzender bzw. PGF nehmen an Landesvorstand teil, GLV nimmt an Fraktionssitzung und Fraktionsklausur teil, Möglichkeit der Teilnahme der Fachausschüsse und Bezirksvertreter an AK's, Teilnahme von Abgeordneten in den Fraktionen der BVV sowie Vertreter des Kreisvorstandes

b) Jour fix in der Sommerpause (Senat, Fraktionsvorstand, GLV)

c) Regelmäßige Berichte

Fraktionsvorstand: Bericht aus dem Senat, Kreisvorstand: Bericht aus dem Senat, dem AH und dem Landesvorstand

Jährliche Übersicht über die Aktivitäten des Senats und der Fraktion

Negativ:

- Zu wenig Einbindung der Bezirke
- Zu geringe Teilnahme der Fachausschüsse und Bezirke an AK's
- Zu wenig Kenntnis der Arbeit der Fraktion, der Bezirke und des Senats in der Partei
- Es fehlt an einer abgestimmten übergeordneten Strategie

3. Was sollte wie verändert werden, was sind neue Forderungen?

- Erstellung einer Übersicht über die derzeit praktizierte wechselseitige Gremienteilnahme und Ergänzung bei Lücken

Arbeitsgruppe: Wie kann die Zusammenarbeit auf Arbeitsebene zwischen Partei, Senat und Fraktion effektiver und sichtbarer werden?

- Format jour fix im Sommer (Tagung von Senat, Fraktionsvorstand, GLV) 2 x auch im laufenden Jahr durchführen, ggf. mit einem Tagesseminar um die jährliche Strategie zu planen
- Monatliche Übersicht über Aktivitäten von Senat, Bezirksamt, Fraktion an Kreisvorstände (mit Schaffung einer Koordinierungsstelle – bzw. Zuordnung der Aktivitäten zu den jeweiligen Kreisen [Gliederung])
- Mehr Präsenz von Senatsmitgliedern, Abgeordneten und Bezirksverordneten in den Wahlkreisen – Patenschaften übernehmen (Erstellung einer Mandatsträgerliste mit Aufnahme der Funktionen, Themengebiete, Qualifikationen, Mitgliedschaften, Patenschaften ggf. Themenpatenschaften) – Zu klären: Holschuld oder Bringschuld
- Tagesordnung der AH-Fraktion an BVV-Fraktionen und an Landesvorstand
- Tagesordnung der BVV-Fraktionen an Kreisvorstände
- Regelmäßige Berichte in den Gremien
- Regelmäßige Abstimmung der Gremienvertretungen bzw. der Geschäftsführer-/innen untereinander, ggf. durch wöchentliche Telefonkonferenzen (Schaffung einer Koordinierungsstelle, Kurzinfos an die, die es angeht)
- Erstellung einer Referentenliste zu bestimmten Themen, auf die Parteigremien zurückgreifen können. Hier sollten auch "unabhängige" bzw. "parteiferne" Referenten mitaufgenommen werden.
- Pressemitteilungen – vorab an die, die es angeht (Kreise, Abteilungen [Infos z. K.]

Arbeitsgruppe: Wie kann die SPD Berlin strukturschwache Bezirke und Abteilungen besser unterstützen und sichtbarer machen?

ARBEITSGRUPPE: WIE KANN DIE SPD BERLIN STRUKTURSCHWACHE BEZIRKE UND ABTEILUNGEN BESSER UNTERSTÜTZEN UND SICHTBARER MACHEN?

Kreise bzw. Abteilungen gelten dann als strukturschwach, wenn sie im Vergleich mit den anderen Kreisen des Landesverbandes bzw. Abteilungen des Kreises deutlich weniger, deutlich weniger aktive und/oder deutlich weniger zahlstarke Mitglieder haben.

Ist-Analyse

2011 schien für die Berliner SPD ein Durchbruch gelungen. Mit einer guten Wahlkampagne gelang es knapp 29% der Stimmen zu gewinnen und dabei in der ganzen Stadt ähnliche Ergebnisse zu gewinnen. In den Wahlkreisen, die die SPD nicht gewann, landete man in der Regel in Schlagdistanz auf dem zweiten Platz. In Treptow-Köpenick wurden alle sechs, in Pankow sieben von neun Wahlkreisen direkt gewonnen. In Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf wurden einzelne Wahlkreise gewonnen, wichtiger aber: die Dominanz der Linken in den Bezirksämtern war gebrochen. Alle fünf Bezirke mit Ost-Wahlkreisen bekamen Bezirksbürgermeister der SPD.

Sieben Jahre später ist das Bild ernüchternd. Nur noch einer der fünf Bezirke wird von einem sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister regiert, nur acht Wahlkreise wurden verteidigt, nur in zwei Pankower Wahlkreisen lag die SPD noch bei Erst- und Zweitstimmen knapp vorn. Und der Blick auf die noch schlechteren Bundestagswahlen 2017 lässt erahnen: im Osten Berlins verläuft die Entwicklung wie im Osten Deutschlands, die Vergleichsgröße ist nicht mehr Charlottenburg, sondern eher Quedlinburg.

Einige Thesen:

- Das Abschneiden der SPD im Osten hängt offenbar stärker von Personen ab, die Stammwählerschaft, die die Partei vor allem wegen des Programms wählt, ist hier geringer.
- gerade die Wähler*innenschaft der Linken ist aber ihrer Partei im Osten (vor allem Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Lichtenberg) seit Jahren treu geblieben und sichert so verlässliche Wahlsiege besonders bei den Bundestags- und BVV-Wahlen
- Auch wenn Persönlichkeitswahl nicht allein von ostdeutscher Herkunft abhängt (siehe die hohe Popularität Klaus Wowereits): der SPD mangelt es auf Landesebene an Führungspersonal mit ostdeutscher Biografie. Von unseren fast 20 SenatorInnen und StaatssekretärInnen hat nur Andreas Geisel eine solche. Wer sich nicht traut, auch Menschen mit Ost-Biografie in wichtige Funktionen zu bringen, verdient auch kein Vertrauen. Hierbei sollte beachtet werden, dass es sich um gelebte Ostbiografien handelt und nicht um das aktuelle Wohnen in östlichen Bezirken oder Regionen.
- Die Kampagnen der Berliner SPD haben zuletzt die Gesamtstimmung in der Stadt nicht mehr getroffen. Eine einheitliche Kampagne in einer Stadt mit fast vier Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern scheint nicht mehr möglich zu sein. Nötig sind unterschiedliche Themen und Schwerpunkte in unterschiedlichen Quartieren der Stadt und ein zielgruppenorientierter Wahlkampf. Ostbezogene Probleme und in Teilen ostbezogene Sozialisationen unterscheiden sich eben doch auch im alltäglichen Empfinden immer noch von den in den westlichen Bezirken.

Arbeitsgruppe: Wie kann die SPD Berlin strukturschwache Bezirke und Abteilungen besser unterstützen und sichtbarer machen?

Solidarität – Stärkungsansätze

- Der Landesvorstand und die Kreisvorsitzenden verpflichten sich solidarisch für die Sicherung erfolgversprechender Listenplätze für strukturschwache Kreise bzw. Abteilungen. Sie schlagen dafür ein zur Verstetigung geeignetes Modelverfahren vor.
- SpitzenkandidatInnen und MandatsträgerInnen aber auch der gewählte Landesvorstand der SPD Berlin werden dazu verpflichtet, solidarisch in strukturschwachen Kreisen und Abteilungen verstärkt Präsenz zu zeigen - auch außerhalb von Wahlkampfzeiten und proaktiv.
- Das zentrale Budget für schwache Abteilungen wird von einem Abrufbudget bei Bedarf zu einem Antragsbudget für eine Legislaturperiode umgewandelt. Vorbild hierfür ist das Verfahren der AGen bei Kreisvorständen; Ziel ist die bessere Planbarkeit von Jahresvorhaben.
- Das KSH richtet einen Personalpool die "Solidargruppe" von Freiwilligen ein, der über einen eigenen Verteiler erreichbar ist. Ziel ist die Unterstützung bei Aktionen und Veranstaltungen, v.a. auch außerhalb der Wahlkampfzeit. Eine Quelle zur Rekrutierung könnten dabei besonders große Abteilungen sein, die besonders kleinen Abteilungen bei einzelnen Aktionen über das Jahr und in Wahlkämpfen unter die Arme greifen.
- Verstetigung der Berlin Teams auf eine dauerhafte Aktionseinheit der Berliner SPD, in der ein Team von z.B. Studierenden an jedem Wochenende Aktionen besonders dort unterstützt, wo sie mangels aktiver Mitglieder nicht stattfinden würden.
- der Landesvorstand benennt eine Ostbeauftragte / einen Ostbeauftragten, damit die Thematik im Landesvorstand auch gebündelt präsent bleibt und mit Arbeitsaufträgen versehen werden kann

Sichtbarkeit – Ideen

- Benennung einer Beauftragten oder eines Beauftragten, der/die den Wahlkampf in Ost-Berlin koordiniert.
- Frühzeitiger Aufbau von Kandidatinnen und Kandidaten, Entwicklung von Aktionen, um solche Kandidatinnen und Kandidaten bekannter zu machen.
- Ermittlung spezifischer Themen für einzelne Stadtquartiere, Themen die über einen längeren Zeitraum mit der SPD verbunden werden.
- Präsenz über Berlin Teams und Fraktion vor Ort-Veranstaltungen erhöhen.
- Werbliche Maßnahmen verstärken, z.B. Berliner Woche, Berliner Abendblatt, aber auch Berliner Stadtblatt.

ARBEITSGRUPPE: WIE KÖNNEN WIR BERUF, FAMILIE UND PARTEIENGAGEMENT BESSER MITEINANDER VEREINBAREN?

1. Analyse Status Quo

- Analyse der Strukturen, Arbeitsweisen und innerparteilicher Kultur erforderlich (vgl. auch #SPDerneuern-Organisatorische Erneuerung)
- Besonders beachten bei Analyse: Beruf/Partei; Familie/Partei; Beruf/Familie/Partei
-

Siehe dazu auch Studie des BMFSFJ²: Zeitliche Machbarkeit eines kommunalpolitischen Engagements betrifft drei Dimensionen der Vereinbarkeit:

- Familie: Sind Kinder zu versorgen und/oder Familienangehörige zu betreuen?
- Beruf: Wie viel Zeit nimmt die Erwerbstätigkeit in Anspruch, und welche zeitliche Flexibilität ist möglich?
- Kommunalpolitische Zeitstrukturen: Wann und in welchem Umfang bestehen Mandatsverpflichtungen (feste Termine, Sitzungen etc.)?

1.1. Feststellungen:

- Die Mehrheit derjenigen, die interessante Funktionen in der Partei ausüben, ist kinderlos/ Kinder erwachsen/ Arbeit im Politik(nahen) Betrieb.
- Die durch Organisationsstatut vorgegebene Struktur basiert auf dem Präsenzprinzip.
- Es gibt eine Gremienstruktur, die teilweise ausufernd gelebt wird.
- →Motto: „Wer nicht anwesend ist, ist nicht aktiv“.
- Die ausufernde Präsenzkultur und die Konsumhaltung in Vorständen führt dazu, dass es nicht möglich ist, bspw. die Rolle einer Vorsitzenden bzw. eines Vorsitzenden in Phasen einer Familiengründung auszuüben/-füllen.
- Relevante Entscheidungen fallen außerhalb von formalen Sitzungen. Personen mit privaten/familiären Verpflichtungen sind hiervon oftmals ausgeschlossen.
- Es darf nicht nur Fokus gelegt werden auf Frauen/Kinder, sondern auf Vereinbarkeit des Ehrenamts mit Beruf und anderen (familiären/persönlichen) Verpflichtungen generell.

1.2 Erkenntnisse der Studie des BMFSFJ³

- **Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und politischem Mandat ist vorwiegend nur im zeitlichen Nacheinander möglich:** 71 % der befragten Stadt- und Gemeinderätinnen sind Mütter. Allerdings sind bei zwei Dritteln die Kinder bereits „aus dem Größten“ heraus, also älter als 16 Jahre; nur 7 % der Frauen versorgen Kinder unter fünf Jahren. 64 % der Kommunalpolitikerinnen sind erwerbstätig, jedoch ist die Hälfte in Teilzeit tätig und hier wiederum der größere Teil mit weniger als 20 Stunden wöchentlich. Nur ein knappes Fünftel hat Kinder im Haushalt und geht gleichzeitig einer Vollzeiterwerbstätigkeit nach.
- **Männlich geprägte Parteistrukturen behindern nach wie vor den Zugang und die Betätigungsmöglichkeiten von Frauen.** Die befragten Kommunalpolitikerinnen geben männlich dominierte Strukturen als einen der Hauptgründe an, die Frauen vom Schritt ins kommunalpolitische Engage-

² BMFSFJ, Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, November 2014.

³ BMFSFJ, Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, November 2014.

Arbeitsgruppe: Wie können wir Beruf, Familie und Parteiengagement besser miteinander vereinbaren?

gement abhalten. Über die Hälfte beklagt Mängel in der politischen Kultur, hier fallen Stichwörter wie „Arbeitsklima und Arbeitsweise“, „Sitzungs- und Redekultur“ oder „Parteiendisziplin/Fraktionszwang“. Insgesamt scheint sich das Feld der Kommunalpolitik in dieser Hinsicht in einem Übergangsstadium zu befinden: Immerhin ist etwa die Hälfte der Frauen mit ihrem kommunalen Umfeld alles in allem zufrieden.

- **Kommunalpolitikerinnen wünschen sich mehr Empowerment für Frauen und professionelle, zeitsparende Arbeitsbedingungen:** 71 % erwarten mehr Unterstützung durch das politische und persönliche Umfeld. Knapp ein Fünftel wünscht sich explizit mehr Unterstützung durch die eigene Partei, jede Zehnte spricht sich dafür aus, dass Frauen andere Frauen unterstützen, z. B. als Mentorinnen oder in Frauennetzwerken.

2. Handlungsempfehlungen

2.1. Basismitgliedschaft

- digitale, orts- und uhrzeitenunabhängige Beteiligungsformen ermöglichen bspw. SPDdoc-Online zur Erarbeitung von Papieren, Anträgen etc., aber auch zum Abruf von bereits vorhandenen Papieren (bspw. Protokollen)⁴
- Abteilungssitzung transparenter und offener gestalten (Willkommenskultur auch für Nichtmitglieder), ggf. unterstützt durch Videokonferenzen oder Telefonkonferenzen
- Fortbildungsmöglichkeiten auch online schaffen (Webinar)

2.2. Funktionärebene

- Vertretungsregelungen flexibler handhaben, Aufteilung „Funktions-Sharing“ (bspw. 50:50 mit festen Zuständigkeiten)
- Videokonferenzen/Skype
- Telefonkonferenzen

2.3. Sitzungen und Gremien

- Kinderbetreuung vor Ort, wenn tagsüber (bspw. KDV, LPT)
- Erstattung eines festen Satzes an Babysitterkosten am Abend für Betreuung zu Hause⁵
- Beginn von Sitzungen muss generell thematisiert werden, bspw. beginnt die LaVo-Sitzung während normaler Arbeitszeiten um 16.30 Uhr, hier ist das Thema Vereinbarkeit Beruf/Partei, Beginn später am Abend wäre das Thema Familie/Partei; Alternative muss gefunden werden, die sowohl AN-freundlich ist als auch mit familiären/persönlichen Verpflichtungen vereinbar ist (die neuerdings angebotene Kinderbetreuung ist ein echtes Plus)
- Planbarkeit⁶: Langfristige Terminplanungen (Jahresplanung)
- Sitzungen im zeitlichen Verlauf realistisch planen und dies transparent kommunizieren; das gilt auch für das Ziel der Tagesordnungspunkte im Vorfeld (bspw. sollte hinter den Themen der TO jeweils stehen: Ziel ist Beschlussfassung oder „nur“ Austausch)
- Sitzungsende im Vorfeld festlegen und einhalten

⁴ vgl. auch Forderungen SPD++ sowie Diskussionspapier zur Parteireform, Bundesparteitag 2015 und Wunsch beim Neumitgliedertreffen vom 3.11.2017, Platz 1.

⁵ Vgl. dazu auch Beschluss 55/2014 der SPD Mitte: Die Partizipation von GenossInnen mit Kindern in der SPD Mitte sicherstellen.

⁶ BMFSFJ, Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, November 2014.

Arbeitsgruppe: Wie können wir Beruf, Familie und Parteiengagement besser miteinander vereinbaren?

- Gremienstruktur verschlanken/flachere Ebenen⁷, zusammenführen, Häufigkeit der Sitzungen reduzieren, dafür Sitzungen mit mehr Output
- Sitzungen besser strukturieren und konsequent moderieren
- Fortbildungspflicht in puncto Moderation⁸ und Statut für Sitzungsleitungen (mindestens der/die Vorsitzende)
- flächendeckend quotierte Redelisten, die dann auch konsequent eingehalten werden müssen
- zielorientierte Diskussionen ohne Wiederholungen und ausufernde Selbstdarstellung, Fokussierung auf den Punkt und das Erzielen eines Sitzungsergebnisses (Effektivität und Effizienz)
- politikfreier Sonntag (wäre zu diskutieren)
- Es braucht Ansätze, die Personen mit familiären oder anderen persönlichen Verpflichtungen auch "verantwortungsvolle" Aufgaben und Rollen zugesteht, die sich 1. tatsächlich ehrenamtlich politisch betätigen wollen (und nicht ihr Entgelt im Politikbetrieb verdienen) und 2. die Präsenzkultur nicht pflegen können/ wollen; zu diskutieren wären in diesem Zusammenhang über die generelle Möglichkeit einer Doppelspitze, Verkürzung von Ämtern (also 1 Jahr anstatt 2 Jahre Gremienwahlen oder ggf. je nach Gremium/ Ebene auch unterschiedliche Intervalle).

→ Zur Organisation und Struktur von Sitzungen wird ein „Verhaltenskodex“⁹ erstellt, der eine optimale Gesprächskultur darstellt und den Gliederungen und Gremien zur Verfügung gestellt wird. Darin ist auch festgehalten, wie die Einhaltung dieser Richtlinien sichergestellt wird und an wen sich ein Mitglied bei Nichteinhaltung dieser Richtlinien wenden kann

3. Fazit:

- Analyse der Strukturen, Arbeitsweisen und innerparteilicher Kultur erforderlich; daraus ableitend erforderliche OrgaStatut-Änderungen vornehmen.
- Wichtig: schonender Umgang mit der knappen Ressource Zeit.
- Gesprächskultur muss sich ändern (gute Sitzungsvorbereitung und -leitung, effektive und effiziente Sitzungen mit einem Output, Disziplin bei Redebeiträgen im o.g. Sinn erwünscht). es müssen mehr Formen der orts- und uhrzeitenunabhängige Beteiligungsformen geschaffen werden.
- Umdenken ist erforderlich: auch jemand, der nicht immer persönlich präsent sein kann, kann wichtige Beiträge leisten; In der SPD muss es eine Kultur geben, die die Vereinbarkeit von Familie, Beruf, anderen Verpflichtungen und ehrenamtlichem Engagement ermöglicht und dabei die verschiedenen Lebenslagen berücksichtigt¹⁰.
- Die SPD (LV Berlin) muss als gutes Beispiel vorangehen, Mitarbeit erleichtern und zur flexiblen Mitarbeit in verschiedenen Lebensphasen einladen¹¹.

⁷ Wunsch beim Neumitgliedertreffen vom 3.11.2017 auf Platz 7.

⁸ Vgl. auch Forderungen SPD++.

⁹ Vgl. auch Forderungen SPD++.

¹⁰ Diskussionspapier zur Parteireform, Bundesparteitag 2015.

¹¹ Diskussionspapier zur Parteireform, Bundesparteitag 2015.

ARBEITSGRUPPE: ARBEITSGEMEINSCHAFTEN – WIE WEITER?

Status Quo:

Arbeitsgemeinschaften repräsentieren die Vielfalt der Lebensläufe der Parteimitglieder. Sie sind eine niedrigschwellige Möglichkeit für neue Mitglieder, sich inhaltlich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Arbeitsgemeinschaften sind ein wichtiger Teil des Parteilebens, das sich auch außerhalb von Gremiensitzungen der klassischen SPD Gliederungen abspielt und abspielen soll. Die Arbeitsgemeinschaften zeichnen sich außerdem dadurch aus, dass sie eine inhalts- und keine rein organisationsbezogene Arbeit machen.

Mitgliederwerbung kommt in derzeitigen Parteistrukturen nur am Rande vor, einige AGs erhalten ihre Mitglieder qua „Geburt“ (Jusos, ASF, AG60+), die anderen Arbeitsgemeinschaften (SPDqueer, AG Mig, AG Selbstaktiv ...) (müssen ihre Mitglieder akquirieren).

Es scheint manchmal so das Engagement in den Arbeitsgemeinschaften sich nicht „lohnt“, da inhaltliche Arbeit durch die Partei nicht wertgeschätzt wird. Beispiel ist die „Beerdigung“ von Anträgen der Arbeitsgemeinschaften in den Fachausschüssen in der SPD Berlin. Gerade die thematischen Arbeitsgemeinschaften (ASJ, AGS, AfB, AfA) stehen in einer nicht zu erklärenden Konkurrenz zu den Fachausschüssen.

Auf Landesparteitagen steht den Arbeitsgemeinschaften keine eigene Rolle zu.

Das Personal, das im Kreis und im KSH AGen zuarbeiten soll, reicht bei Weitem nicht aus, um alle Arbeit zu bewerkstelligen. Die Organisation insbesondere von Konferenzen und Großveranstaltungen bringt die ehrenamtlichen Aktiven der AGen an die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

Die Aktivität von Arbeitsgemeinschaften ist stark schwankend. Während die großen Arbeitsgemeinschaften in den meisten Kreisen vertreten sind, ist bei anderen Arbeitsgemeinschaften n völlig unklar, auf welcher Ebene und in welchen Kreisen sie überhaupt existieren. Das führt dazu, dass einige AG-Strukturen völlig unbekannt sind.

Verbesserungsvorschläge:

1. Die SPD Berlin muss mindestens einmal im Jahr an alle neuen Mitglieder der letzten drei Jahre eine „Wo-kannst-du-mitmachen-Information“ versenden. Ziel ist es, dass neue Mitglieder über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften informiert werden.
2. Eine Umgestaltung der zentralen Neumitgliedertreffen: Im Vordergrund bei Neumitgliedertreffen muss die Frage stehen, auf welchen Ebenen und in welchen Arbeitsgemeinschaften sich Neumitglieder engagieren können und wo sie andere Mitglieder finden, mit denen sie gemeinsame Interessen und Vorhaben finden. Das könnte dadurch passieren, dass die Arbeitsgemeinschaften einen größeren Teil der Neumitgliedertreffen in Eigenverantwortung organisieren.
3. Neumitglieder müssen die Möglichkeit haben, wohnortnah Arbeitsgemeinschaften besuchen zu können, möglichst in ihren eigenen Bezirken. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, auch bezirksübergreifende AG-Strukturen zu gründen.

4. Die Personalkapazität bei den für die AGen zuständigen Hauptamtlichen müssen analysiert werden. Grundfrage muss sein, ob die derzeitige Arbeitsbelastung von dem vorhandenen Personal in Rahmen der geschuldeten Arbeitszeit geleistet werden kann.
5. Arbeitsgemeinschaften müssen eigene Neumitgliederbeauftragte benennen, da der erste Kontakt wesentlich ist, ob jemand weiterhin bei der Arbeitsgemeinschaft bleibt.
6. Nicht nur Neumitglieder wollen Entscheidung von Anfang bis Ende nachvollziehen können. Dazu gehört auch, dass die Arbeitsgemeinschaften eigene Delegierten zu Kreisdelegiertenversammlungen und des Landesparteitages haben müssen. Diese Kontingente dürfen nicht zulasten der Abteilungen bzw. Kreise gehen. Die neuen Delegierten werden auf die derzeitige Delegiertenzahl addiert. Die Gesamtzahl aller Delegierten der AGen darf 10% der jetzigen Delegiertenzahl nicht übersteigen. Die Verteilung des Delegiertenkontingents an die Arbeitsgemeinschaften muss alle Arbeitsgemeinschaften berücksichtigen. Erst dann können weitere Berechnungsgrundlagen wie z.B. die Mitgliedszahlen der Arbeitsgemeinschaften und weitere noch festzulegende werden. Eine reine schematische Rechnung über Mitgliedszahlen verbietet sich aufgrund der Unterschiedlichkeit.

ARBEITSGRUPPE: LANDESPARTEITAGE

1. Was hat sich bewährt:

Die Berliner SPD ist und bleibt eine Programm- und Mitgliederpartei. Zu jedem Parteitag liegen aus allen Gliederungen Anträge vor und es hat sich bewährt, diese Anträge auf zwei Landesparteitagen im Jahr zu beraten.

Dass eine aus Kreisen und dem Landesvorstand zusammengesetzte Antragskommission die Debatte jeweils vorstrukturiert, sollte aus mehrheitlicher Sicht der Untergruppe beibehalten werden. Eine Minderheit möchte die Antragskommission abschaffen, mindestens aber ihren Einfluss beschneiden (s.u.)

Dass der Wahlparteitag in diesem Jahr auf zwei Sitzungstage ausgedehnt wird, begrüßen wir. Ablauf und Ergebnis sollten auch aus organisationspolitischer Sicht ausgewertet werden, vor allem im Blick auf die Finanzen, auf die Erfahrungen der TeilnehmerInnen, aber auch beispielsweise auf die Familienfreundlichkeit..

Die Berliner SPD tagt meist in großen Hotels mit ausreichend Platz für die etwa 500 Delegierten, Journalisten und Gäste eines Landesparteitags.

Die Hotels bieten ausreichend technische und räumliche Arbeitsmöglichkeiten für den Parteitag selbst, aber auch für die Antragskommission, die Zählkommission etc. sowie für die Presse.

Das Catering klappt in der Regel, wobei der Landesvorstand die kleine Subvention für Essen und Getränke wegen der hohen Hotelpreise und der pausenfreien Beratung des Parteitags beibehalten sollte.

Die Tagungsorte sind gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar, aber auch ggf. mit PKW, was für TeilnehmerInnen, aber auch beispielsweise für die die Logistik des Kongresses wichtig sein kann.

Die Technik unserer Parteitage ist aufwändig und teuer, funktioniert andererseits aber auch einwandfrei und erlaubt der Berliner SPD einen Auftritt als kompetente und regierungswillige Partei. Hierzu zählt auch der Livestream, der mittlerweile Standard bei den Parteitagen ist und viele Menschen per Internet am Parteitag teilhaben lässt.

Die Akkreditierung funktioniert schnell und gut, es gibt - anders als gelegentlich bei Bundesparteitagen - keine oder nur kleine Staus am Eingang. Es gibt meist genug Raum für eine Ausstellung im Foyer, die eine zusätzliche Finanzierungsquelle darstellt.

Die MitarbeiterInnen des KSH und der Kreise sind auch bei Parteitagen sehr engagiert, arbeiten schnell und sind freundlich. Die Antragsunterlagen werden in der Regeln pünktlich und vollständig versendet.

Das Online-System, in welchem zu jedem Antrag die Empfehlungen der Antragskommission notiert sind, wird aktuell und ständig gepflegt. Somit ist es für alle Mitglieder, aber auch Presse und andere Parteien ersichtlich, welche Empfehlungen und Entscheidungen auf dem Parteitag zu erwarten sind bzw. geschlossen wurden.

2. Was können/müssen wir - trotzdem - verbessern:

Tagungsorte:

Wir sollten prüfen, ob es nicht auch eine Nummer kleiner geht. Eine große Schulaula zum Beispiel hat für den Lichtenberger Parteitag 2008 durchaus gereicht. Es sind nicht immer 500 Menschen zur gleichen Zeit im Plenum - die Suche nach kleineren, preiswerteren Locations könnte sich lohnen. Unsere WählerInnen erwarten keinen gewaltigen Aufwand für den Parteitag (Station), sondern vor allem eine für sie positive politische Botschaft. (Es gilt natürlich zu prüfen, ob eventuell Mehrkosten allein dadurch entstehen, dass es in der kleineren Location keine Möblierung oder Voraussetzungen für die Technik gibt.)

Tagesordnung:

Die Tagesordnung ist bislang oft unausgewogen: Die Begrüßung, die wichtigen, langen Reden des/der Vorsitzenden und bedeutender Gäste, die Grußworte und die darauffolgende Generaldebatte nehmen sehr viel Raum ein.

Die seit einigen Jahren dazwischen geschobenen Jubilarehrungen und eine feierliche Begrüßung von Neumitgliedern sind freundliche Gesten, gehören jedoch eigentlich in die Verantwortung der Kreise - zumal sich jeder Jubilar und jedes Neumitglied, das nicht eigens angesprochen wird, vielleicht fragt, wie die Auswahl zustande gekommen ist.

Zeit

In den Kreisen und Abteilungen wird vor allem die immer zu knappe Zeit für die Antragsberatung bemängelt, Das gilt auch für die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte, denn die Antragsberatung kommt immer weit am Schluss, obwohl sie zentraler Anlass für den Parteitag ist.

Hauptzweck eines Parteitags muss es aber auch künftig bleiben, offen, transparent, spannend und gelegentlich kontrovers über gemeinsamen Kurs für die nächsten Monate und Jahre zu beraten.

Wo, wenn nicht auf einem Parteitag, hat die Partei für die Öffentlichkeit sichtbar die Chance, auch bei aktuellen Entwicklungen einen neuen Grundkonsens zu entwickeln, ihre Delegierten und Mitglieder für alle erkennbar einzubinden und die MandatsträgerInnen auf Bundes-, Landes- oder Bezirksebene auf die gefundene Linie zu verpflichten.

Parteitage können neues Interesse an demokratischer Willensbildung auslösen (wie dies der Bundesparteitag in Bonn im Januar 2018 getan hat), tun dies aber viel zu selten. Zu viele und zu lange Reden, gestanzte Grußworte und Beschlüsse, die im schlimmsten Fall niemand ernst nimmt, müssen jede Begeisterung dämpfen, sich an der politischen Auseinandersetzung zu beteiligen, einer Partei beizutreten oder zu wählen.

Wir sollten unsere Parteitage in Zukunft noch stärker zur lebhaften Debatte über unsere Haltung zu den aktuellen Problemen des Landes nutzen, auf diese Weise zur Festigung der Demokratie beitragen und unserer verfassungsmäßigen Aufgabe, an der Willensbildung des Volkes mitzuwirken, gerecht werden.

Grundsätzlich soll deshalb die Antragsberatung auf den Parteitagen der Berliner SPD mindestens die Hälfte der zur Verfügung stehenden Zeit einnehmen und spätestens vier Stunden nach Anfang des Parteitags beginnen.

Anders kann es bei Wahlparteitagen aussehen. Dort können Anträge jedoch schon während der Stimmauszählung beraten werden.

Über die Länge der Parteitage muss in der organisationspolitischen Kommission beraten werden. Hier steht der Wunsch nach Familienfreundlichkeit auf der einen Seite, die Notwendigkeit der gründlichen Beratung, an der sich möglichst viele Genossinnen und Genossen beteiligen sollen, auf der anderen Seite. Neunstündige Kongresse ohne Pause sind eigentlich zu lang, auch für die Kinderbetreuung. Andererseits braucht Demokratie Zeit.

Anträge

Zwar liegen oft zwei oder drei Antragsbücher mit einer Fülle von unterschiedlichsten Anliegen vor. In der öffentlichen Wahrnehmung gehen viele dieser Anträge jedoch leider unter.

Das liegt zum Teil sicher auch daran, dass Parteimitglieder als Experten auf ihrem Fachgebiet oft sehr detaillierte Anträge formulieren, die in der Antragskommission, aber auch auf dem Parteitag selten im ersten Anlauf verabschiedet werden - auch weil sich viele Delegierte nicht zutrauen, die Themen in dieser Präzision zu durchschauen und zu entscheiden. Anträge werden dann in Fachausschüsse verwiesen, die Beratungen dauern dadurch oft einige Monate und vereinzelt auch Jahre.

Dazu kommen haushaltswirksame Anträge, die oft an die Abgeordnetenhaus-Fraktion überwiesen oder - wenn es sich um innerparteiliche Vorgänge handelt, an den Landesvorstand weitergereicht werden.

Es macht sich Unzufriedenheit darüber breit, dass der Parteitag zu wenig selbst entscheidet und zu viele Anträge überweist.

Das Problem ist allerdings aus unserer Sicht kaum lösbar. Ein Appell an die Partei, sich bei wichtigen Themen auf eine grundsätzliche politische Willensbekundung zu beschränken, welche die SPD-Mandatsträger dann auf ihrer jeweiligen Ebene umsetzen, wäre vielleicht sinnvoll - aber kaum zielführend. Niemand will und wird die Freiheit der Gliederungen in Frage stellen, Anträge nach eigenem Willen auszuarbeiten und zu stellen.

Damit aber auch Gäste, Presse und vor allem die Delegierten die Antragsdebatten besser folgen können, könnten die Anträge auf den Leinwänden abgebildet werden. Das ist bei vielen Parteien und Jugendorganisationen mittlerweile üblich und führt dazu, dass Diskussionen nachvollziehbarer und strukturierter werden. Außerdem könnte auf den Bildschirmen auch der Name der jeweiligen RednerInnen abgebildet werden

Leitanträge

Parteitage, die inhaltlich schlecht vorbereitet sind und keine Botschaft ausstrahlen, verpuffen wirkungslos. Ein Parteitag muss aus unserer Sicht mindestens eine wichtige inhaltliche Botschaft aussenden - sinnvoller Weise zu einem brennenden aktuellen Thema (wie derzeit Miete, Sicherheit oder Mobilität).

Kreise, und/oder Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und Fachausschüsse können die Initiative ergreifen. Der Landesvorstand kann aber auch beschließen, zu Schlüsselthemen grundsätzliche Haltungen in einem so genannten Leitantrag zu formulieren. Dabei sollten die verschiedenen Positionen gebündelt und zusammengeführt werden - oder nebeneinander stehen bleiben, um eine Abstimmung in die eine

oder andere Richtung vorzubereiten. Dabei soll im Landesvorstand nachvollziehbar debattiert und entschieden werden, wer an der Erarbeitung der Leitanträge beteiligt wird.

Mit den Arbeiten an einem solchen Leitantrag kann und muss allerdings so rechtzeitig begonnen werden, dass sich die Mitglieder ausgiebig mit dem Positionspapier beschäftigen können. Ziel ist es, einen Beschluss auf dem Parteitag - auch und gerade nach kontroverser Debatte - unter großem Interesse der Öffentlichkeit zu fassen, der geeignet ist, in einer neuen Geschlossenheit der Partei zu münden. Das ist in der Vergangenheit durchaus gelungen (Ethik, Wehrpflicht) und sollte künftig die Regel werden.

Grundbedingung ist, dass sich alle Ebenen an die Antragsfristen gebunden fühlen. Die Antragsfrist dient dazu, die Delegierten und Mitglieder rechtzeitig und transparent über politische Ideen und Vorhaben zu informieren und jede/m die Möglichkeit zu geben, sich - falls gewünscht - an der Willensbildung zu beteiligen.

So führt zum Beispiel die Praxis des Parteivorstands, jeweils ein oder zwei Tage vor einem Bundesparteitag noch Leitanträge vorzulegen, zur Beratungsgrundlage zu machen und die meisten fristgerecht eingereichten Anträge der Gliederungen dadurch zu erledigen, zu viel Frust und sollte dringend überdacht werden. Auch für den Parteivorstand kommen Themen wie Arbeit, Wirtschaft oder Sicherheit nicht plötzlich und unerwartet.

Außerordentliche Ereignisse können eine Abweichung von dieser Regel rechtfertigen - dafür gibt es das Instrument des Initiativantrags. Initiativanträge dürfen allerdings nicht dazu missbraucht werden, die Antragsfristen zu unterlaufen und eine ordnungsgemäße Beratung zu umgehen. Initiativanträge sollen deshalb grundsätzlich erst am Ende der Antragsberatung aufgerufen werden. Zu diskutieren wäre eine Präzisierung des Organisationsstatuts § 18, 4, worin die Aktualität als ein Kriterium für die Zulassung von Initiativanträgen festgeschrieben werden könnte.

Antragskommission

Die Vor-Strukturierung der Anträge sowie die Beratung und Entscheidung über Abstimmungsempfehlungen in der Antragskommission sind ist nach Meinung einer Mehrheit der Untergruppe auch künftig sinnvoll. Die Argumente, die in diesen Sitzungen ausgetauscht werden, können (vorausgesetzt, sie werden in den Vorbesprechungen weitergegeben) die Meinungsbildung in den Delegationen erleichtern. Der Parteitag kann ohnehin jederzeit gegen diese Empfehlungen votieren.

Eine Minderheit plädiert dafür, die Antragskommission abzuschaffen, oder, falls dies keine Mehrheit findet, ihren Einfluss stark zu beschneiden. So könnte die Mitgliedschaft auf zwei Perioden begrenzt werden, um auch neuen Ideen Chancen zu geben.

Auf dem Parteitag sollten die Anträge außerdem erst von den Antragstellern eingeführt und begründet werden, bevor die Antragskommission ihr Votum begründet.

Ziel einer Abschaffung der Antragskommission ist es, die Debatten auf dem Parteitag lebhafter zu gestalten. Die ausgetauschten Argumente erhielten größeres Gewicht und die Delegierten trügen eine größere Verantwortung, der Diskussion zu folgen und zu entscheiden. Etwaige Zeitprobleme können gelöst werden, indem einzelne Antragsteller gebeten würden, ihre Anträge mit Prioritäten zu versehen.

Konsensliste

Der bisherige Brauch, als Ergebnis dieser Beratungen eine Konsensliste zu erstellen und diese in einer einzigen kurzen Abstimmung zu erledigen, erspart einerseits Beratungszeit auf dem Parteitag, birgt andererseits die Gefahr, wichtige Themen zu versenken.

Deshalb sollte in der Organisationspolitischen Kommission und in der Partei darüber diskutiert werden, ob das Instrument der Konsensliste auch künftig das richtige für eine transparente Debatte auf dem Parteitag ist. Auch auf Bundesparteitagen werden alle Anträge oder Antragsblöcke einzeln aufgerufen und abgestimmt. So ist es unter Umständen für viele Delegierte, Journalisten und Gäste (auch die per Livestream zugeschalteten) einfacher, der Antragsberatung zu folgen.

Online-Begleitung

Auch Online werden Parteitage mittlerweile stark von Mitgliedern, Presse aber auch Interessierten verfolgt und ausgewertet. Damit die Deutungshoheit über den eigenen Parteitag aber bei der SPD liegen bleibt, regt die Untergruppe an, die Online-Berichterstattung stärker in den Fokus zu nehmen. Hier sollten Zitate, Kacheln und auch kleine Redeausschnitte verbreitet werden, sowie auf Kommentare und Äußerungen im Netz eingegangen werden. Genossinnen und Genossen, die Twitter und Facebook nutzen, könnten motiviert werden, Hashtags zu nutzen und sich auch online in der Debatte zu beteiligen. Durch das Verbreiten von Inhalten und Forderungen, auch über Online-Kanäle, haben die Parteitage die Chance, noch mehr Menschen zu erreichen.

Themen die entschieden werden sollten:

Tagesordnung:

- Länge der Antragsberatung?
- Lage?

Neumitgliederbegrüßung/Jubilarehrung auf dem Parteitag:

- Beibehalten oder nicht?

Antragskommission:

- Beibehalten vs. abschaffen?
- Mitgliedschaft nur zwei Perioden?

Länge der Parteitage:

- Wunsch nach mehr Debatten vs.
- Familienfreundlichkeit

Konsensliste:

- Beibehaltung vs. Abschaffen

Anträge:

- Erst Einbringen oder erst Votum der Antragskommission?

Initiativanträge:

- Initiativcharakter an die Aktualität koppeln?

Leitanträge:

- Antragsfristen einhalten?

Verbesserung der Online-Begleitung:

- Was sollte/kann/muss gemacht werden?

Arbeitsgruppe: Wie gehen wir innerparteilich miteinander um? Wie verhindern wir Sexismus innerhalb der Partei?

ARBEITSGRUPPE: WIE GEHEN WIR INNERPARTEILICH MITEINANDER UM? WIE VERHINDERN WIR SEXISMUS INNERHALB DER PARTEI?

Im Landesverband der SPD Berlin können jedes Mitglied und alle interessierten Bürger*innen mitarbeiten. Eine gute und faire Zusammenarbeit ist dafür der Grundpfeiler. Die SPD Berlin bekennt sich dazu, dass der Umgang innerhalb der Partei auf gleichberechtigte Teilhabe ausgerichtet ist. Jede*r kann sich einbringen, jede*r hat eine Stimme, jede Stimme zählt gleichwertig. Ausgrenzungen, „Ismen“, „Phobien“ jeder Art und Gewalt - verbal sowie körperlich - sind keine Grundlage der SPD für faire inklusive politische Willensbildung und ein genossenschaftliches Miteinander.

Die politischen Strukturen unseres Landes und somit auch die der SPD Berlin entstanden teilweise vor über 150 Jahren. Diese Strukturen sind fast ausschließlich von speziell privilegierten Menschen (männlich, weiß, heterosexuell) entlang derer Anforderungen aufgebaut worden. Auftauchende Probleme beim Miteinander innerhalb der SPD Berlin sind auch auf diese tief verwurzelten alten Systemstrukturen der SPD Berlin zurückzuführen. Wir empfehlen daher, dass die Organisationspolitische Kommission einen tieferen Blick auch auf die historischen Bedingungen von Strukturen werfen muss – sollte das nicht bereits gemacht worden sein. Nur wenn sich bei uns alle Mitglieder wiederfinden und sich ihren Bedürfnissen entsprechend einbringen können, wird die SPD Berlin weiterhin eine attraktive Mitmachpartei für alle sein.

Die SPD Berlin kann bei einer hohen Umsetzung des o.g. Selbstverständnisses ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, worauf wir stolz sein können. Es gibt aber auch vereinzelt Mitglieder, die die Werte der SPD nicht vollumfänglich vertreten. Davon betroffene Genossen*innen und Sympathisanten*innen werden teilweise abgeschreckt, beleidigt, körperlich und verbaler Gewalt ausgesetzt oder ausgrenzt. Wir sind sicher, dass in der SPD Berlin jegliche Art von „Ismen“ und „Phobien“ vorzufinden sind. Diese „Ismen“ und „Phobien“ zu benennen und dagegen vorzugehen und ein wirkliches Umdenken zu bewirken, ist unser Ziel. Es ist vor allem Aufgabe der jeweiligen Führungsebenen proaktiv gegen jegliche „Ismen“ und „Phobien“ vorzugehen. Offener Umgang damit und wenn möglich schnelle Lösungen sind immer anzustreben. Die Grundlage hierbei ist immer der Schutz und die Hilfe der Betroffenen – innerhalb wie außerhalb der SPD. Verfehlungen sind mit Sanktionen bis zum Ausschluss aus der SPD zu ahnden.

Wir wenden uns gegen Sexismus Rassismus und andere Diskriminierungen. Wir schaffen ein Klima das dieses nicht duldet. Tritt es dennoch auf, darf und muss es angesprochen werden. Es ist die Verantwortung aller, in der Partei im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen Diskriminierungen vorzugehen.

Wir richten ein Gremium im Landesverband ein, das für Betroffene von Sexismus, Rassismus und anderer Diskriminierungen als Ansprechpartner dient, das Betroffene unterstützt und ggf. Klärungen versucht. Das Nähere zu diesem Gremium wird vom Landesvorstand geregelt. Dabei greift er auf die Erfahrungen der Jusos mit ihrer Anti-Sexismus-Kommission zurück. Die Mitglieder des Gremiums müssen geschult werden.

Wir dulden Sexismus, Rassismus und anderes diskriminierendes Verhalten in unserer Partei nicht. Bei schweren Fällen muss dies zum Ausschluss aus der Partei führen. Die Statutenkommission prüft, ob hierfür statutarische Änderungen nötig sind.